



Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Berlin Zwischen Politik und Wissenschaft

Author(s): Carsten Kumke

Source: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Neue Folge, Bd. 43, H. 2 (1995), pp. 218-253

Published by: [Franz Steiner Verlag](#)

Stable URL: <http://www.jstor.org/stable/41052934>

Accessed: 22-01-2016 00:15 UTC

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <http://www.jstor.org/page/info/about/policies/terms.jsp>

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.



Franz Steiner Verlag is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*.

<http://www.jstor.org>

Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Berlin Zwischen Politik und Wissenschaft

Die Existenz eines wissenschaftlichen Instituts, das sich ausschließlich mit der Kultur, Geschichte und Politik der Ukraine beschäftigt hat, wird vor allem von ukrainischen Kollegen als ein besonders positives Zeichen der deutsch-ukrainischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen dargestellt. Das Licht, das von ihm ausgeht, scheint ihnen wohl gerade deshalb so hell, weil die deutsche Ukraineforschung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fast vollkommen zum Erliegen gekommen war¹. Obwohl die außenpolitischen Konjunkturen auch in der Weimarer Republik nicht günstig für die Ukraine verliefen, schien sich hinter der Förderung des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin (UWI) durch deutsche Ministerien doch wenigstens eine graduelle Anerkennung der Ukraine als politische und kulturelle Entität anzudeuten. Im Vordergrund der positiven Urteile über die Arbeit des Instituts stehen tatsächlich nicht von der Hand zu weisende Errungenschaften, wie u. a. fundierte wissenschaftliche Arbeiten von Mitarbeitern wie Dmytro Dorošenko, Vjačeslav Lypynskyj, Ivan Mirčuk, Borys Krupnyčkyj u. a., die Herausgabe mehrerer wissenschaftlicher Publikationsreihen, die bis heute spürbare Mitarbeit des UWI an den namhaftesten deutschen Enzyklopädien und Lexika, die Initialzündung des Instituts auch für den Beginn einer von Deutschen betriebenen historischen Ukraineforschung und damit zusammenhängend die Popularisierung ukrainischer Kultur und Geschichte in Deutschland überhaupt².

Diesem Bild, das die positiven Seiten des UWI hervorhebt, stehen andererseits Urteile von deutscher Seite gegenüber, die auf die politischen Hintergründe der Institutsgründung und auf die bis heute nur sehr dürftig dokumentierte Geschichte des Instituts zur Zeit des Nationalsozialismus hinweisen³. Mit Hartnäckigkeit halten sich in der deutschen

¹ So das nicht unberechtigte Urteil eines unbekanntenen Autors in dem Beitrag „Die Geschichte der Ukraine und die deutsche Ostforschung“, in: *Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart* 15 [43] (1968) S. 65–70, hier S. 66: „... Die führenden Fachzeitschriften, *Osteuropa*, *Zeitschrift für Ostforschung* und sogar die *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* haben bisher die ukrainische Geschichte und insbesondere die deutsch-ukrainischen Beziehungen nur gelegentlich am Rande behandelt. Mit Monographien und anderen Veröffentlichungen zu diesem Thema steht es nicht besser. Im Vergleich zur Aktivität der Ostforschung auf diesem Gebiet in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hat sich die heutige Lage eher noch verschlechtert.“

² Die Aufsätze über das Institut stammen vor allem von langjährigen Mitgliedern, so etwa von ZENON KUZELJA *Ukraïnoznavstvo v Nimeččyny* (1939–1945), in: *Sohočasne j mynule. Visnyk Ukraïnoznavstva N.S.* 3 (1948) H. 1, S. 49–56, und vom Leiter des Instituts IVAN MIRČUK *Ukraïnskyj Naukovyj Instytut u Berlını*, ebenda 3 [= 4] (1949) H. 1–2, S. 87–90; auch die frühe Darstellung bei SYMON NARIŽNYJ *Ukraïnska Emigracija. Kul'turna pracja Ukraïnskoï emigracii miž dvoma svitovymy vijnamy*. Č. 1. Praha 1942, S. 210–219 (= *Studii muzeju vyzvol'noï borot'by Ukraïny*) reiht vorwiegend Errungenschaften des Instituts auf.

³ So vor allem GERD VOIGT *Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Berlin (1926–1945)*, in: *Die Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus. Protokoll einer Arbeitstagung am 23. 9. 1967*. Red. Claus Remer. Jena 1969, S. 118–156, dessen Äußerungen jedoch angesichts der bei DDR-Historikern typischen Ignoranz ukrainischer Probleme als durchaus moderat zu bezeichnen sind. – Auf westdeutscher Seite fand das Institut bisher keinen Analytiker; die Ressentiments gegenüber der ukrainischen Geschichte steigerten sich hier aber vor allem deshalb, weil ausgerechnet solche Forscher das Themen-

Wissenschaft darüber hinaus Vorurteile, die aus dem politischen „Rechtsruck“ ukrainischer Exilorganisationen in den zwanziger Jahren eine besondere Nähe des Instituts zu den Nationalsozialisten konstruieren⁴ und infolge des zeitlichen Zusammenhangs von Kriegshandlungen und wissenschaftlichen Publikationen des Instituts durchaus an Glaubwürdigkeit gewinnen⁵. Neben der auch im Westen Deutschlands feststellbaren, politisch bedingten Konzentration auf die russisch dominierte Sowjetunion standen vor allem diese Ressentiments einer Wiederaufnahme von Ukrainestudien im Nachkriegsdeutschland lange Zeit hindernd im Wege.

Das UWI steht also sowohl am Anfang einer ernsthaften, wissenschaftlich fundierten Ukraineforschung in Deutschland, wie es umgekehrt auch immer wieder der Unwissenschaftlichkeit und politischen Kollaboration mit den Nationalsozialisten geziehen wurde. Obwohl beide Stimmen ihre eigene Berechtigung haben, fehlt es an Erklärungen, warum diese widersprüchlichen Bewertungen gleichzeitig bestehen und einander dennoch ergänzen können. Diesen Gegensatz zu erklären, ist das Ziel des folgenden Beitrags; er wird sich nicht so sehr mit einer Aufzählung der Errungenschaften, als vielmehr mit den Bedingungen und dem Umfeld des Instituts beschäftigen.

Eine Beurteilung der Tätigkeit des UWI ist nicht möglich ohne die Feststellung, daß die Ukraineforschung, wie sie in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg betrieben wurde, niemals unpolitisch gewesen ist. Die bedeutende Rolle Osteuropas in der Kriegszieldiskussion des Ersten Weltkrieges, die Auffächerung des osteuropäischen Staatensystems nach dem Zusammenbruch der Vielvölkerreiche Österreich-Ungarn und Rußland und damit der Wille, an der Neuordnung Osteuropas „gestalterisch mitzuwirken“, waren in der Weimarer Republik die politischen Hauptmotive, sich mit den noch jungen Nationen und Staaten näher – auch wissenschaftlich – zu beschäftigen. Von allen osteuropabezogenen Forschungen kann man im wesentlichen nur die Rußlandforschung als einen zum überwiegenden Teil wissenschaftlichen Zwecken dienenden Zweig nennen, weil die historisch-politische Existenz Rußlands für alle unzweifelhaft feststand. Das aus dem Kaiserreich tradierte „borussische“ Wissenschaftskonzept unterschied in der Weimarer Republik letztlich nur zwischen einer imperialen, souverän und streng wissenschaftlich auftretenden Rußlandforschung und einer sonst nur dürftig betriebenen, populärwissenschaftlich-volksgeschichtlichen Osteuropakunde⁶. Die deutschen Wissenschaftler müssen sich zum Vorwurf machen lassen, daß sie trotz ihres umfassenden Anspruches weite Teile Osteuropas wissenschaftlichen Populisten und Dilettanten überlassen und damit selbst die Politisierung ihres Faches mitverursacht haben. Wie stark der Russozen-

gebiet in der Bundesrepublik Deutschland betreuten, die im Zweiten Weltkrieg eine zumeist unglückliche, wenn nicht gar unselige Rolle in der nationalsozialistischen Kriegsmaschinerie gespielt hatten.

⁴ Hierzu siehe ALEXANDER J. MOTYL *The Turn to the Right: The Ideological Origins and Development of Ukrainian Nationalism, 1919–1929*. New York 1980 (= East European Monograph Series. No. 65).

⁵ Genannt werden in diesem Zusammenhang vor allem die Wörterbuchveröffentlichungen der Jahre 1939 bis 1943, das „Handbuch der Ukraine“, hrsg. von Ivan Mirčuk (Leipzig 1941) u. a., VOIGT *Das Ukr. Wiss. Institut in Berlin* S. 145ff.

⁶ KLAUS ZERNACK *Bemerkungen zur Geschichte und gegenwärtigen Lage der Osteuropahistorie in Deutschland*, in: *Europa slavica – Europa orientalis*. Festschrift für Herbert Ludat zum 70. Geburtstag. Hrsg. von K.-D. Grothusen und K. Zernack. Berlin 1980, S. 542–559, hier S. 550 (= Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen. Reihe I: Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens. Band 100).

trismus vorherrschte, zeigt etwa die Tatsache, daß selbst die Verfechter einer eigenständigen Ukraineforschung die Existenz der neuen, jungen Staaten in Osteuropa nicht aus sich selbst heraus, sondern nur aus deren Opposition zu ihren ehemaligen Beherrschern – eben Rußland – erklärten⁷. In der gegenwartsbezogenen, politisch motivierten Osteuropakunde tummelten sich nicht nur Publizisten und Generäle des Ersten Weltkrieges; die zumeist konservative politische Gesinnung auch manchen gestandenen Forschers politisierte die inhaltliche Auseinandersetzung und gab dem jeweils als politischen Gegner empfundenen Gegenüber den nicht ganz unberechtigten Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit an die Hand⁸.

Erschwerend kam die außenpolitische Lage der Weimarer Republik hinzu. Die deutsche Politik war nicht nur mit der Sowjetunion als Nachfolgerin des russischen Imperiums konfrontiert, sondern mußte sich im wiedererstandenen Polen gleichzeitig mit einem Nachbarn auseinandersetzen, dessen staatliche und territoriale Integrität z.T. auf Kosten ehemals deutsch beherrschter Gebiete entstanden war. Die (außen-)politische Meinungsbildung orientierte sich in der Weimarer Republik im wesentlichen daran, ob man ein Zusammengehen mit dem jungen, aber zu Lasten deutscher Territorialität entstandenen bürgerlichen polnischen Staat befürwortete, oder ob man über die ideologischen Unterschiede zur bolschewistisch regierten Sowjetunion hinweg sah und in Verklärung eines „traditionellen“ preußisch-russischen Einvernehmens auf alte, machtpolitische Koalitionen zurückgriff. Der Ukraine kam in diesem Kalkül insofern eine besondere Rolle zu, als beide Staaten – die Sowjetunion und Polen – Teile von ihr beherrschten und sie als ihren historischen Expansionsraum ansahen. Beide waren überdies konfrontiert mit einer ukrainischen National- und Befreiungsbewegung, deren verschiedene Gruppen die unterschiedlichsten politischen Ziele vertraten und dadurch zu einem innen- wie außenpolitischen Unsicherheitsfaktor wurden.

Das Berliner UWI stand somit von Anfang an im Spannungsfeld politischer Auseinandersetzungen unter den deutschen Parteien und inoffiziellen Lobbyisten, die die Gründung und auch die spätere Arbeit des Instituts stets unter zwei sich umgekehrt proportional verhaltenden Aspekten beurteilten: Von russophilen Vertretern wurde seine Arbeit nur dann positiv eingeschätzt, wenn sich die Institutsmitglieder vor allem durch eine antipolnische Haltung hervortaten und die Rolle der Sowjetunion wenn schon nicht zustimmend, so doch wenigstens stillschweigend-aner kennend zur Kenntnis nahmen. Umgekehrt verhielt es sich bei polonophilen Beobachtern, die sich – zumeist baltendeutscher Herkunft – vor allem durch ihre antirussische Einstellung hervortaten und die Rolle des Instituts nur vor diesem Hintergrund zu würdigen wußten. Kompliziert wurde

⁷ Zu nennen sind hier vor allem die Ukrainophilen und Initiatoren der „Deutschen ukrainischen Gesellschaft“ Paul Rohrbach und Axel Schmidt. Vom umfangreichen publizistischen Werk ROHRBACHS seien hier nur folgende Monographien aufgezählt, die seine kritische Haltung gegenüber Rußland ausreichend dokumentieren: *Der Krieg und die deutsche Politik*. Dresden 1914; *Osteuropa, historisch-politisch gesehen*. Potsdam 1942; *Das osteuropäische Problem*. Berlin 1920; *Die russische Revolution*. Stuttgart 1917; *Rußland und wir*. Stuttgart 1915; *Russische Selbstzeugnisse der Feindschaft*. Stuttgart 1916. Rohrbach gab zusammen mit Axel Schmidt von 1916 bis 1917 auch die Reihe „Die russische Gefahr“ (Berlin) heraus.

⁸ Dies trifft vor allem auf die Auseinandersetzungen mit den Rußlandhistorikern zu, die – unter der Ägide Hoetzschs – alles daran setzten, eine unabhängige Ukraineforschung zu verhindern. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß etwa Borys Krupnyčkyj 1929 bei Otto Hoetzsch promovierte.

die Meinungsbildung über die Nützlichkeit des Instituts noch durch die Frage, ob z. B. Polonophilie oder Antirussismus der Grund für eine propolnische Haltung gewesen sei. Andere Meinungen resultierten aus der unterschiedlichen Gewichtung tagespolitischer Einzel- und Detailfragen (wie etwa die Einschätzung der Lage der deutschen Minderheit in Polen). Und schließlich sorgte auch noch die ukrainische Diaspora selbst für Verwirrung, indem sie erst in den zwanziger Jahren mit einem wichtigen politischen Differenzierungsprozeß begann und dabei eine politische Eigendynamik entwickelte, deren Triebkräfte für die meisten nichtukrainischen Beobachter undurchschaubar blieben.

Vorgespräche zur Gründung des UWI

Einer der Geburtsfehler des Instituts bestand darin, daß nicht eine deutsche oder eine überparteiliche ukrainische Organisation die Gründung betrieb⁹, sondern daß es seine Existenz letztlich sowohl auf deutscher als auch auf ukrainischer Seite dem Einsatz einzelner Persönlichkeiten verdankte: des Ex-Generals und späteren Innen- wie Reichswehrministers Wilhelm Groener und des Monarchisten Het'man Pavlo Skoropadskyj¹⁰. Die ersten Gespräche über die Institutsgründung reichen offenbar bis in die Jahre 1920–1922 zurück¹¹ und hatten nicht zuletzt die materielle Absicherung der immer zahlreicher nach Berlin strömenden exilukrainischen Studenten zum Ziel. Als Gesprächspartner der deutschen Dienststellen trat schon zu diesem Zeitpunkt der „Ukrainische Verein zur Hilfeleistung für Flüchtlinge e. V.“ auf, der über enge Beziehungen zur Skoropadskyj-Gruppe verfügte. Der Vorsitzende des federführenden und bei der Gründung des UWI offiziell als Initiator bezeichneten Vereins, Oleksander Skoropys-Joltuchovskyj, war 1918 unter der Regierung Skoropadskyjs Gouverneur in Cholm gewesen und blieb auch nach seiner Entlassung aus polnischer Gefangenschaft (1920) ein treuer Weggefährte des Het'mans¹². Neben ihm traten dann in den seit 1924 intensivierten Gesprächen mit dem

⁹ Von einer Beteiligung der Rohrbachschen „Gesellschaft für Ukrainekunde“ ist in den Plänen und in den Verhandlungen zur Institutsgründung bezeichnenderweise nie die Rede, obwohl sie sich sicherlich angeboten hätte.

¹⁰ Zu Groener siehe DOROTHEA GROENER-GEYER General Groener. Soldat und Staatsmann. Frankfurt am Main 1955; sowie JOHANNES HÜRTER Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932). München 1993 (= Beiträge zur Militärgeschichte. Band 39). Zu Skoropadskyj liegt nach wie vor keine hinlängliche Biographie vor.

¹¹ Dies stellt ein Gutachten des Auswärtigen Amtes aus dem Jahre 1925 heraus. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, Polen, Pol 3 B, Nr. 120/1–3, 4: Ukrainisch-wissenschaftliches Institut in Berlin [im folgenden zitiert als PA Bonn], hier Nr. 120/1, K 033619–K 033622. Für die Bereitstellung dieses Materials schuldet der Autor Herrn Dmytro Zlepko herzlichsten Dank.

¹² Siehe hierzu den russisch geschriebenen Lebenslauf im Bundesarchiv, Filiale Potsdam, 62 Di 1, NSDAP: Dienststelle Rosenberg, Amt Osten, Film Nr. 1131/3845: Das Ukrainische wissenschaftliche Institut (1932–1941) [im folgenden zitiert als BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845]. Es handelt sich hierbei um einen Film ohne Paginierung. Der Fundus ist offenbar identisch mit den Angaben bei IHOR KAMENEČKYJ *Ukraїnske pytan'ja v niemeckij zovnišnij polityci miž dvoma svitovymi vjnamy*, in: *Jevhen Konovalėc ta joho doba*. Red. Ju. Bojko. Mjunchen 1974, S. 851–882, hier S. 880–882 (Anmerkungsapparat), der aus den National Archives Washington, NSDAP, Außenpolitisches Amt, Amt Osten, Mikrofilm 16: Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut, 1932–1941, zitiert. Im Film ist auch die Signatur NSDAP 250-d-18–15/11 angegeben.

Auswärtigen Amt auch Volodymyr Korostovec, Serhij Šemet und schließlich Dmytro Dorošenko auf, der als einziger Wissenschaftler in der Verhandlungsgruppe mehrmals von Prag nach Berlin reiste¹³.

Was Skoropadskyj mit der Gründung des Instituts letztlich bezweckte, ist nicht eindeutig belegt. Sicherlich stand für ihn die Absicherung seiner Gefolgsleute, wie Dmytro Dorošenko und Vjačeslav Lypynskyj, ebenso im Vordergrund wie die Hilfe für die ukrainischen Studenten, bei denen es sich zunächst vor allem um ehemalige Soldaten handelte, die ihre Jugend dem Krieg in der Ukraine geopfert hatten und nun ohne jegliche Ausbildung im Exil lebten¹⁴. Das eigentliche Zentrum der ukrainischen Diaspora, Prag, stand überdies vollkommen unter dem Einfluß liberaler und sozialdemokratisch-sozialrevolutionärer Organisationen. Sie hatten bei der tschechischen Regierung ein umfangreiches Förderungsprogramm erwirken können, das wegen seiner materiellen Versprechungen den Strom junger Ukrainer zunehmend nach Prag lenkte¹⁵. Skoropadskyj suchte nun bei den Verhandlungen im Auswärtigen Amt mit dem Hinweis, die jungen Ukrainer würden in Prag „mit panslawistischen und deutsch-feindlichen Ideen“ beeinflusst¹⁶, nicht nur das deutsche Interesse an einer Institutsgründung zu wecken. In erster Linie schwebte ihm wohl vor, dadurch selbst in mehrfacher Hinsicht zu profitieren: Über eine eigene exilukrainische Wissenschaftsorganisation wollte er seine politisch-kulturelle Vormachtstellung in Berlin ausbauen, was der Heimat seiner Exilregierung insofern zugute gekommen wäre, als Berlin – positiv und langfristig gesehen – zu einem politischen Gegengewicht zu Prag hätte reifen können.

Auch die deutschen Interessen an einer Institutsgründung sind keineswegs rein philanthropischer Natur gewesen. Neben der sicherlich nicht unbedeutenden Unterstützung der Pläne Skoropadskyjs von seiten deutscher Ukrainophiler (vor allem Wilhelm Groeners) kursierten in der gesamten Gründungsphase sowohl Gutachten über die Aktivitäten in Polen und in der Tschechoslowakei hinsichtlich ihrer ukrainischen Minderheit als auch Denkschriften über den Einfluß Skoropadskyjs auf die ukrainische Diaspora. Da beinahe alle Nachbarstaaten einschließlich Frankreichs und Jugoslawiens wenigstens über eine Lehrkanzel zur Ukrainistik verfügten, wurde eine entsprechende Unterstützung der Skoropadskyj-Pläne auch vom wissenschaftlich-kulturellen Standpunkt aus als durchaus in deutschem Interesse liegend angesehen. Das Auswärtige Amt glaubte im

¹³ Korostovec trat in der Gründungsfeier als Vertreter desselben Vereins auf wie Skoropys, vgl.: Mitteilungen des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin [im folgenden zitiert als: Mitteilungen] Heft 1 (1927) S. 32ff.; Šemet wird des öfteren in den Briefen Dorošenkos an Lypynskyj als Vertrauter des Het'man erwähnt, Vjačeslav Lypynskyj Archiv T. 6: Lysty Dmytra Dorošenka do Vjačeslava Lypynskoho. Red. I. Korovyčkyj. Filjadel'fija 1973 [im folgenden zitiert als: Lysty Dorošenka]. – Dorošenko reiste sowohl im Oktober 1924 als auch im Juni 1926 von Prag nach Berlin und trug damit maßgeblich zur Gründung bei. Seine Briefe an Lypynskyj sind zur Zeit die einzigen aussagekräftigen Dokumente, die über die Unterhandlungen berichten, Lysty Dorošenka Nr. 118, S. 103 bis Nr. 126, S. 118.

¹⁴ Aus diesem Grunde spielte in späterer Zeit vor allem das Stipendienprogramm in der Institutsarbeit eine bedeutende Rolle und war nicht minder unter den politischen Gruppierungen der Ukrainer umstritten.

¹⁵ PA Bonn, Nr. 120/1: Aussage V. Zalozečkyj im Auswärtigen Amt [im folgenden: AA] vom 13. 5. 1926, K 033644.

¹⁶ PA Bonn, Nr. 120/1: Aufzeichnung über die Errichtung eines ukrainischen wissenschaftlichen Seminars vom 12. 5. 1925, K 033617.

Het'man denn auch einen herausragenden politischen Vertreter der Ukraine zu erkennen, der im Falle eines politischen Wechsels für Deutschland eine wichtige Rolle spielen könnte¹⁷. Neben diesen allgemeinen Überlegungen begann – später vor allem – das Minderheitenproblem des polnischen Nachbarn für das Schicksal des Instituts eine Rolle zu spielen, glaubte man doch, über die Unterstützung der Berliner ukrainischen Diaspora auch auf deren Konnationale in Polen Einfluß nehmen zu können. Dieser Aspekt trat bei den deutschen Dienststellen immer mehr in den Vordergrund, je mehr der moderate Kurs der UNDO-Bewegung gegenüber der polnischen Regierung zum Bröckeln in der bis dahin geschlossenen Front der Minderheiten beitrug und sich damit mittelbar auch auf die politische Situation der deutschen Minderheit in Polen auswirkte¹⁸.

Im Vordergrund der Motive des Auswärtigen Amtes standen jedoch auch kulturelle und bildungspolitische Aspekte, die der nicht unbedeutenden ukrainischen Diaspora in Berlin zugute kommen sollten. Weitergehende Hilfstätigkeiten, die vom Institut durchaus hätten geleistet werden können, wurden hingegen von den deutschen Dienststellen schon aus politischen oder Geheimhaltungsgründen abgelehnt. Man suchte dem 1922 gewonnenen politischen Partner Sowjetunion gegenüber, der die Weimarer Republik immerhin aus der außenpolitischen Isolation herausgeführt hatte, Zurückhaltung zu wahren und jeden Eindruck einer Agitation gegen ihn zu vermeiden. Insofern schien es auch nicht angezeigt, daß etwa das Auswärtige Amt auf das Institutspersonal zurückgriff, um Übersetzungen und Gutachten anfertigen zu lassen¹⁹. In diesem Sinne und durchaus der Problematik eingedenk, daß die Hauptinitiatoren des Instituts von ukrainischer Seite durchweg der Skoropadskyj-Partei angehörten, forderte das Auswärtige Amt frühzeitig auch eine politische Öffnung des Instituts für andere exilukrainische Organisationen. Man wollte damit zweifellos auch jene Gruppierungen im Institut vertreten sehen, die der Sowjetunion zumindest nicht feindlich gesinnt waren²⁰. Da aber alle Vorschläge hinsicht-

¹⁷ Ebenda K 033619–K 033622. Skoropadskyj suchte in seinen Sondierungsgesprächen das AA dadurch unter Druck zu setzen, daß er auf seine angeblich engen Beziehungen zu England hinwies, ebenda K 033646: „Falls die deutsche Regierung seine Vorschläge [hinsichtlich einer Institutseröffnung, C. K.] ablehne“, so referierte seinerzeit ein Mitarbeiter des AA, „müßte er sich, wenn auch ungern, an England wenden, wo er zweifellos größtes Entgegenkommen finden werde.“

¹⁸ Dieser Gedanke wird schon in einem der ersten Dokumente zu den Gründungsverhandlungen geäußert, Aufzeichnung über die Errichtung eines ukrainischen wissenschaftlichen Seminars vom 12. 5. 1932, PA Bonn, Nr. 120/1, K 033616–K 033617: „... Die Ukrainer, die in Polen selbst leben, bilden dort die stärkste unter den Minderheiten, sind mithin für die Lage des Deutschtums in Polen sehr wichtig. Darüber hinaus besteht ein politisches Interesse daran, die kulturelle und wissenschaftliche Ausbildung des Nachwuchses der ukrainischen Intelligenz von Deutschland her zu beeinflussen.“

¹⁹ Volodymyr Korostoveč bot dem Auswärtigen Amt in einem Schreiben vom 12. 12. 1926 an, im Institut ein „kleines Pressebüro“ einzurichten, das „in besonderen Fällen im Auftrage des deutschen Auswärtigen Amtes verschiedene konkrete Fragen übersichtlich bearbeiten und objektive wissenschaftliche Darstellungen liefern“ könne, PA Bonn, Nr. 120/1, K 033716–K 033720, hier K 033716. Dieses Ansinnen wurde aber dankend zurückgewiesen, ebenda K 033728: Schreiben an Geheimrat v. Dierksen vom 27. 12. 1926. – Institutsmitglieder und vor allem in deren Umfeld arbeitende Organisationen traten danach aber dennoch von Zeit zu Zeit mit – offenbar noch nicht bestellten – Exposés an das AA heran, siehe z. B. den „Pressebericht über die Westukraine“ (Nr. 51 [!]) vom 24. 11. 1928, ebenda K 033893–K 033895.

²⁰ Diskutiert wurde beispielsweise die Beteiligung Jevhen Petruševyčs, der als „Diktator“ der Westukraine im Berliner Exil lebte, aber kaum noch Einfluß hatte, hierzu siehe die Gesprächsnotiz vom 3. 6. 1926, PA Bonn, Nr. 120/1, K 033646.

lich einer offiziellen Einbeziehung anderer Exilorganisationen auf den verbissenen Widerstand Skoropadskyjs stießen, erreichte man nur ein gewisses Entgegenkommen in der Besetzung zweier Lehrstühle. So wurden neben den beiden Gefolgsleuten Skoropadskyjs, Dmytro Dorošenko und Vjačeslav Lypynskyj, der an sich eher unpolitische Professor Volodymyr Zalozečkyj und der ehemalige Sekretär Symon Petljuras, Ivan Mirčuk, an das Institut berufen²¹. Das Votum des Auswärtigen Amtes für eine Berufung von Mirčuk und Zalozečkyj wurde nicht weiter begründet; ausschlaggebend war wohl nur, daß beide Galizier waren und damit dem Auswärtigen Amt eher eine antipolnische, jedenfalls keine antisowjetische Gesinnung gewährleisten²². Ob mit der Besetzung dieser beiden Professuren die Forderung des Auswärtigen Amtes nach einer „Öffnung des Instituts auch anderen politischen Richtungen gegenüber“ erfüllt war, kann nicht eindeutig beantwortet werden; vielleicht hat man sich auch damit zufrieden gegeben, daß zu den eigentlichen, „ordentlichen“ Mitarbeitern des Instituts auch noch „außerordentliche“ Institutsmitglieder ernannt wurden. Worin der Status dieser „außerordentlichen Mitglieder“ bestand, geht aus dem Schriftverkehr nicht hervor. Es handelte sich in den allermeisten Fällen um Forscher, Wissenschaftler anderer Hochschulen aus ganz Europa, denen das Recht eingeräumt wurde, am Institut Vorträge zu halten; sie hatten darüber hinaus aber weder ein Stimmrecht noch sonst irgendwelche Verfügungsgewalt über den Trägerverein oder das Institut selbst²³.

Ein weiterer Punkt in den Verhandlungen betraf die organisatorische Einbindung des Instituts in die Berliner Wissenschaftslandschaft bzw. seinen rechtlichen Status. Dabei konkurrierten zunächst zwei grundsätzlich verschiedene Vorstellungen miteinander. Die deutsche Seite favorisierte zunächst eine institutionelle Verbindung mit dem 1922 gegründeten Russischen Institut, wohl um das Bild einer von deutschen Ministerien geförderten, antirussisch eingestellten Forschung zu vermeiden. Später votierte sie entweder für die

²¹ Dabei muß es hinsichtlich der Professorenberufungen nicht einmal zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen mit dem Het'man gekommen sein, zeigt doch der Briefwechsel Dorošenkos mit Lypynskyj, welche Schwierigkeiten die Het'man-Leute hatten, genügend qualifiziertes Personal für ein wissenschaftlich ausgerichtetes Institut aus der eigenen Bewegung zu rekrutieren (z. B. Lysty Dorošenka Nr. 121, S. 106; Nr. 124, S. 112: „... naša bidnist' na ljudej“). Dorošenko wies deshalb 1926 darauf hin, es reiche, wenn „der Kandidat ein Mann vom Fach und uns nicht feindlich gesonnen ist“, ebenda Nr. 193, S. 209. Es ist im übrigen – trotz oder gerade wegen der zahlreichen Anfeindungen gegen das Institut und gegen Dorošenko selbst – dieses Bemühen des ersten Direktors des UWI um die wissenschaftliche Qualifikation der Institutsmitglieder, das besonders hervorgehoben werden muß. Wahrscheinlich liegt in diesem Charakterzug auch bereits der Grund für seinen Rücktritt im Jahre 1931 verborgen. Zu Dorošenko siehe LUBOMYR WYNAR [= VYNAR] Dmytro Dorošenko, ein bedeutender Erforscher der ukrainischen Historiographie und Bibliographie, in: *Jahrbuch der Ukrainekunde* (1987) S. 98–142; Dorošenkos aufrichtigen Charakter betont auch das langjährige Kuratoriumsmitglied Max Vasmer in seinem Nachruf: MAKS FASMER Na žadku pro D. Dorošenka, in: *Ukrainskyj litopys* 1 (1953) S. 31–34 [übersetzter Abdruck in: *Jahrbuch für Ukrainekunde* (1987) S. 143–147]. – Zu Mirčuk: GERD VOIGT *Rußland in der deutschen Geschichtsschreibung 1843–1945*. Berlin 1994, S. 257, Anm. 77 (= Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas. [N. F.] Band 30).

²² Über das besondere Interesse des AA an Galizien siehe Lysty Dorošenka Nr. 120, S. 106; zu Dorošenkos eigener Haltung Mirčuk und Zalozečkyj gegenüber ebenda Nr. 210, S. 234, wo er beide in Übereinstimmung mit Lypynskyj als „fahrig, wankelmütig und seicht“ charakterisiert.

²³ Zu den außerordentlichen Mitgliedern siehe die stattliche Aufzählung im Eröffnungsbericht des Instituts, in: *Mitteilungen Heft 1* (1927) S. 44–45.

Eingliederung des Instituts in die Berliner Universität oder aber für die Begründung eines Osteuropa-Instituts, in dem sowohl das russische als auch das ukrainische Institut als gleichberechtigte Partner aufgehen sollten²⁴. Alle diese Vorschläge wurden jedoch von Skoropadskyj und seinen Unterhändlern zurückgewiesen. Sie hielten eine engere Verbindung mit den Russen für unzumutbar und beharrten auf der Schaffung eines Instituts als unabhängige Privatorganisation²⁵. Das Konzept Skoropadskyjs ging – wie sich später leider herausstellen sollte – in Überschätzung der eigenen Möglichkeiten davon aus, daß sich das Institut nach einigen Jahren deutscher Unterstützung selbst aus Spendengeldern würde versorgen können. Aus diesem Grunde wies man bei den Verhandlungen beharrlich auf die angeblich große Zahl zahlungswilliger Sponsoren hin, die das Institut etwa von den USA aus unterstützen würden, und blockte weitere Vorstöße des Auswärtigen Amtes bezüglich einer Verankerung im deutschen staatlichen Wissenschaftssektor mit dem Argument ab, daß England in die Pläne Skoropadskyjs sogleich einwilligen würde²⁶.

Das Resultat der Verhandlungen war für das deutsche Hochschulwesen ungewöhnlich: Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut hatte nämlich als Institution keinen eigenen Rechtscharakter, sondern unterstand einem eingetragenen Verein als privatem Träger. Dieser Verein, der den zur Gründung 1926 als Initiatoren firmierenden „Ukrainischen Verein der Hilfeleistung für Flüchtlinge e.V.“ als politisch zu sehr vorbelastet ablöste und schon am 2. Juli 1926, also kurz nach Abschluß der Verhandlungen Dorošenkos in Berlin, unter dem Namen „Verein zur Förderung der ukrainischen Wissenschaften und Kultur e.V.“ in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen wurde, sollte künftig die Geschicke des Instituts und im Prinzip auch alle Verhandlungen mit den amtlichen Stellen der Weimarer Republik leiten²⁷. Als Zweck des Vereins nennt die Satzung u. a. die Gründung und Unterhaltung des Instituts, die „Unterbringung junger Ukrainer an deutschen Universitäten und Hochschulen sowie die Vermittlung von Stipendien an begabte ukrainische Studenten“²⁸. Das Kuratorium des Instituts, das im Schriftverkehr der deutschen Dienststellen merkwürdigerweise nur selten mit dem Verein in Verbindung gebracht wird, war identisch mit dem Vorstand des Vereins²⁹. Dieser setzte sich aus Vorsitzendem und Stellvertreter, einem Kassierer und schließlich fünf – von 1930 an elf – Beisitzern zusammen. Neben den üblichen Aufgaben entschied der

²⁴ Lysty Dorošenka Nr. 118, S. 103–104, Nr. 119, S. 105 (sowohl zu den Eingliederungsplänen in das Russische Institut als auch zu den Plänen bezüglich eines gemeinsamen Osteuropa-Instituts).

²⁵ Zu den Vorstellungen Skoropadskyjs siehe die Gesprächsnotiz vom 3. 6. 1926, in der er vehement gegen eine Einbindung des Instituts in die Berliner Universität eintrat, PA Bonn, Nr. 120/1, K 033645. – Im Briefwechsel zwischen Dorošenko und Lypynskyj schwingt immer wieder die Aussage mit, daß, wenn sie beide zusammenhielten, keine andere politische Gruppierung auf das Institut Einfluß nehmen könnte, z. B. Lysty Dorošenka Nr. 205, S. 229; Nr. 210, S. 234.

²⁶ Siehe oben Anm. 17.

²⁷ Eine Kopie der Satzung befindet sich in BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845, als Anhang eines Briefes von Skoropys an Schickedanz, Außenpolitisches Amt, vom 9. 5. 1933.

²⁸ Ebenda § 2. Die rechtliche Konstruktion mit einem Trägerverein erklärt übrigens auch, warum die Vergabe von Stipendien zwar in der Hand des Instituts lag, die Gelder dazu aber nicht über den Etat des Instituts verwaltet wurden. Später ermöglichte dies, daß das AA zwar seine offizielle Unterstützung des Instituts zurückziehen konnte, dennoch aber weiterhin für die Stipendien aufkam.

²⁹ Ebenda § 5.

Vorstand auch über die Aufnahme von neuen Mitgliedern – nach § 3 der Vereinssatzung mußte dafür eine Dreiviertelmehrheit aufgebracht werden.

Dem Charakter dieser Satzung sind deutliche Abschottungs-, vielleicht auch politische Sicherungsfunktionen zu entnehmen, wie sie sich nicht zuletzt in der rigiden Beschränkung bei der Neuaufnahme von Mitgliedern widerspiegeln. Stellt man in Rechnung, daß die Verhandlungen zur Gründung des Instituts letztlich nur von einer politischen Gruppierung bestimmt worden sind und daß der Verein noch vor dem Institut gegründet wurde, so waren Rollenverteilung und Funktion des Instituts als Skoropadskyj-Domäne von vornherein festgeschrieben. Dem einmal zusammengetretenen Kuratorium – dessen Zusammensetzung das Auswärtige Amt sicherlich noch mitbestimmt hatte – blieben nach der Gründung von Verein und Institut genügend Rechtsmittel an die Hand gegeben, sich über Jahre jeglichen Lenkungsversuchen von außen zu entziehen³⁰. Ohne eine Dreiviertelmehrheit ließ sich keine Mitgliedschaft im Verein erwirken, und ohne diese konnten an den Gründern vorbei keine rechtskräftigen Änderungen im Bestand oder an den Statuten des Instituts durchgesetzt werden. Wahrscheinlich ist dies der Grund dafür, daß die Geschichte des Instituts bis in die dreißiger Jahre hinein so durchtränkt ist mit Intrigen und dem Wirken von Ränkeschmieden. Die in der Satzung offenbar werdende autarke Isolation war so entwicklungshemmend, daß sich nicht nur die zahlreichen Anfeindungen von außen, sondern vor allem die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Skoropadskyj-Gruppierung (1929 und 1931) als besonders fatal für das Ansehen des Instituts auswirkten. Sie dokumentierten jedem Beobachter die Unfähigkeit des Trägervereins zu Reformen und stellten die Vorherrschaft der Skoropadskyj-Partei bloß. Die Satzung war statisch und reformfeindlich, denn ebenso wie sie den Zugang von Neumitgliedern erschwerte, verhinderte sie letztlich auch den Ausschluß von Mitgliedern. Der jeweilige innerparteiliche Gegner versuchte im Zweifelsfalle gerade dann alles beim alten zu lassen, wenn Neuerungen das Patt im Institut beenden sollten. Wichtige Entscheidungen wurden, das erfuhren die deutschen Ministerien als die maßgeblichen Finanziere immer wieder, auf diese Weise einfach blockiert oder gänzlich hintertrieben.

Als am 10. November 1926 das Ukrainische Wissenschaftliche Institut aus der Taufe gehoben wurde, waren die Arbeitsbedingungen, aber auch die Konflikte, die es im folgenden erschüttern sollten, im wesentlichen vorgegeben. Zwar hatte sich das Auswärtige Amt durch die Gründung eines privaten Vereins durchaus die Option erhalten, seine Zuwendungen auch einzuschränken oder gänzlich zu kündigen, doch klingen die Möglichkeiten einer inhaltlichen oder personellen Beeinflussung nur noch schwach durch. Die in allen Gründungspapieren gebetsmühlenartig wiederholte Forderung, wonach die Mitglieder des Instituts sich jeglicher politischen Arbeit enthalten sollten, klingt nur wie ein frommer Wunsch. Es hätte den verantwortlichen Stellen schon bei den Verhandlungen klar werden müssen, daß die Begründung einer Institution durch nur eine ukrainische Partei nicht nur deren Arbeit politisieren, sondern auch das Auswärtige Amt immer tiefer in die politischen Händel der Exilukrainer verwickeln mußte³¹. Aber wahr-

³⁰ Siehe etwa die Wirren des Jahres 1933 (siehe unten) um die Gleichschaltung des Instituts durch das preußische Kultusministerium. Der Kuratoriumsvorsitzende Wilhelm Groener zieht sich in dieser Zeit auf formal-juristische Argumente zurück und erreicht tatsächlich die Rücknahme des von Jaryj verantworteten rechtswidrigen Zustandes, siehe: Schreiben Groeners an Skoropys vom 15. 5. 1933, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845.

³¹ Siehe den Bericht zur Eröffnung des Instituts, in: Mitteilungen Heft 1 (1927) S. 37–48; auf den unpolitischen Charakter des Instituts ist in allen Konzepten, die das AA zu seiner Gründung erstellt

scheinlich hat man darüber bewußt hinweggesehen, denn schließlich begünstigte vor allem die sich in der Wahl Hindenburgs manifestierende konservative Wende im Weimarer Deutschland die Verhandlungen des Monarchisten Skoropadskyj³².

Die ersten Jahre

Die Größe des Instituts, wie es am 10. November 1926 feierlich eröffnet wurde, entsprach keineswegs dem einst avisierten Optimum. Während noch 1924 mindestens sechs Professuren im Gespräch waren³³, ließen sich schließlich nur vier realisieren, nämlich 1) Vjačeslav Lypynskyj für die Geschichte des ukrainischen Staates, 2) Dmytro Dorošenko für die Geschichte der „Innengestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in der Ukraine mit besonderer Berücksichtigung des ukrainischen Kosakenstaates“, 3) Ivan Mirčuk für Geistesgeschichte der Ukraine und anderer slavischer Völker und 4) Volodymyr Založekyj für die Geschichte der materiellen Kultur³⁴. Eine Erweiterung um weitere vier Professuren wurde bei der Eröffnung zwar angekündigt, konnte aus Geldmangel jedoch nie realisiert werden. Auch die Assistentenstellen fielen den Streichungen im Jahre 1926 zum Opfer und wurden – durch eine Art Graduiertenstipendium – durch Stipendiaten der „ersten Kategorie“ ersetzt³⁵.

Die personelle Zusammensetzung des ausnahmslos Ukrainer beschäftigenden Instituts trug den komplizierten Berufungsverhandlungen Rechnung, die eher nach dem Prinzip der Loyalität gegenüber dem Het'man denn nach sachlich-inhaltlichen Gesichtspunkten vorgenommen wurden. Immerhin kommt Dmytro Dorošenko das Verdienst zu, auf Kosten parteilicher Egoisten für einen dennoch wissenschaftlich durchaus qualifizierten Mitarbeiterstab gesorgt zu haben³⁶. Seinem Einsatz ist es jedenfalls zu verdanken, daß trotz der eindeutigen Vorherrschaft der Skoropadskyj-Partei die ersten Jahre des UWI zugleich auch als die wissenschaftlich fruchtbarsten angesehen werden können. Zwar sollen die Leistungen Borys Krupnyčkyjs und anderer in den dreißiger Jahren nicht unterbewertet werden, doch hielt man in den ersten Jahren ein erstaunliches, vor allem

hatte, hingewiesen worden, hierzu siehe: PA Bonn, Nr. 120/1, K 033656–K 033658 (von Anfang Juni 1926); K 033659–K 033661 (vom 18. Juni 1926); K 033683–K 033684 (vom Oktober 1926). Auch Dorošenko unterstreicht diesen Charakter in seiner Eröffnungsrede, in: *Die Ukraine* 8 (1926) Heft: Dezember, S. 7–14, besonders S. 12.

³² Skoropadskyj wurde „in Anerkennung seiner Leistungen“ kurz nach der Wahl Hindenburgs eine Leibrente gewährt, die über das AA verwaltet wurde, *KAMENEČKYJ Ukraїnske pytannja* S. 855–856.

³³ 1924 hatte man die Schaffung folgender Professuren (mit je einem Assistenten ausgestattet) ins Auge gefaßt: zwei Professuren für ukrainische Geschichte, eine für ukrainische Sprache, eine für ukrainische Literaturgeschichte, eine für Wirtschaftsgeographie und eine für Rechtsgeschichte, *Lysty Dorošenka*, Nr. 121, S. 106. Die Verwirklichung dieses Planes scheiterte sowohl am fehlenden Geld als auch daran, daß es der Skoropadskyj-Gruppe an ausreichend qualifiziertem Personal mangelte.

³⁴ *Mitteilungen* Heft 1 (1927) S. 38.

³⁵ Immerhin gehörten mit Domet Oljančyn, Petro Verhun, Kostjantyn Čechovyč und Ihor Loškyj 1926/1927 später sehr bekannte Forscher zu den Stipendiaten des Instituts, *Mitteilungen* Heft 1 (1927) S. 45.

³⁶ Dabei hatte er sich nicht nur gegen Skoropadskyj, sondern auch gegen Lypynskyj durchzusetzen, die beide auf die wissenschaftliche Qualifikation der Bewerber weniger großen Wert legten, z. B. *Lysty Dorošenka* Nr. 193, S. 209–210.

wissenschaftliches Niveau, das den häufig sehr populären Veröffentlichungen der dreißiger Jahre in vieler Hinsicht weit überlegen war.

Die Arbeit des Instituts stand bis etwa 1931/1932 ganz im Zeichen von Forschung und Wissenschaft. Den in der Vereinsatzung vorgegebenen Tätigkeitsbereichen genügte man insofern, als man über die wissenschaftlichen Organe, die „Mitteilungen“ und die „Abhandlungen“, zur Verbreitung der Kenntnisse von der Ukraine beitrug. Während die „Mitteilungen“ in erster Linie informativen Charakter tragen und von den Entwicklungen auf dem Gebiet der Ukraineforschung berichten³⁷, wurden in den „Abhandlungen“ wissenschaftliche Forschungsergebnisse veröffentlicht. Die jährlich angefertigten Tätigkeitsberichte, die zunächst in den „Mitteilungen“ veröffentlicht und später nur maschinenschriftlich für das Kuratorium und für die zuständigen deutschen Dienststellen erstellt wurden, bestätigen die anfängliche Konzentration auf die Forschung zur Ukraine. Sie legen Rechenschaft über die öffentlichen Vorträge ab, die sowohl von den ordentlichen Mitgliedern als auch von anderen Ukrainern gehalten wurden, zählen die Publikationen der Institutsmitglieder in den wissenschaftlichen Zeitschriften Deutschlands auf und berichten von anderen wichtigen Ereignissen im wissenschaftlichen Leben (Kongreßteilnahme, Wachstum der Institutsbibliothek etc.)³⁸.

Hat das Institut auf diese Weise durchaus die Erwartungen erfüllt, so bereitete jedoch seine Einbindung in die Berliner Universitätslandschaft Schwierigkeiten. Die Institutsmitglieder führten, obwohl sie durchaus rege Kontakte zu Berliner Wissenschaftlern wie Max Vasmer und Friedrich Meinecke unterhielten, ein hochschulpolitisch weitgehend isoliertes Leben. Dies ist nicht zuletzt auf mangelnde Deutschkenntnisse zurückzuführen³⁹, aber auch darauf, daß zumindest Dorošenko, Mirčuk und Zalozečkyj gleichzeitig noch Lehrstühle in Prag besetzten. Außerdem standen öffentlich abgehaltene Lehrveranstaltungen und Seminare ohnehin eher im Hintergrund. Zwar fühlte man sich wohl anfangs noch durch das Stipendienprogramm in die Pflicht genommen, doch erscheinen entsprechende Hinweise auf die inhaltliche Betreuung der Stipendiaten nur im ersten Tätigkeitsbericht. Danach ist sie entweder vollkommen eingestellt oder ausschließlich im persönlichen Gespräch realisiert worden. Bei den wissenschaftlichen Vorträgen handelte es sich im übrigen um Einzelvorträge, während regelmäßige Semestervorlesungen an der Universität erst in den dreißiger Jahren abgehalten wurden.

Infolge dieser starken Vernachlässigung der Lehre kam es zu keinen engeren Kontakten mit der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität. Man verstand sich denn auch nicht

³⁷ Abhandlungen des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin. Band 1–3. Berlin, Leipzig 1927–1931; Mitteilungen des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin. Band 1–2. Berlin 1927–1928.

³⁸ Der Tätigkeitsbericht für die Jahre 1926/1927 bis 1927/1928 ist abgedruckt in: Mitteilungen Heft 2 (1928) S. 62–68; als Maschinenschriften liegen die Berichte für die Jahre 1928, 1929, Sommersemester 1930 bis Wintersemester 1930/1931, 1932/1933, 1933/1934, 1936, 1935 bis 1937 (im folgenden zitiert als: Tätigkeitsbericht ...) sowie schließlich ein „Plan der Tätigkeit des UWI für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1932“ vor, Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz Berlin, Signatur: 4° Aa 2157/98 (im folgenden zitiert als: Plan der Tätigkeit 1932). Der eigentliche „Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. 1. 1932 bis zum 31. 7. 1932“ liegt vor in: BA Potsdam, 15.01 Reichsministerium des Inneren, Nr. 26765, Bl. 193–200 (im folgenden zitiert als: Tätigkeitsbericht 1. 1. 1932–31. 7. 1932). Der Tätigkeitsbericht 1934/35 ist abgedruckt in: Ukrainische Kulturberichte Jg. 3 (1935) Nr. 20.

³⁹ Dorošenko mußte sich das Deutsche erst aneignen, während Mirčuk und Zalozečkyj bereits im ersten Jahr mit deutschen Vorträgen auftraten.

so sehr als Anstalt der Lehre, sondern vor allem als eine der Forschung. In diesem Sinne äußerte sich Dorošenko schon 1926, als er seine ganze Überredungskunst aufwandte, um Lypynskyj zur Annahme der ihm angebotenen Professur zu bewegen; sein Hauptargument war, daß das UWI „nur ein Forschungsinstitut“ sein und es „keine Studenten haben“ werde⁴⁰. Die Berührungspunkte mit der Universität beschränkten sich somit weitgehend auf persönliche Kontakte und auf sporadisch abgehaltene öffentliche Vorträge in deutscher Sprache in den Räumen der Universität. Zahlreicher waren hingegen ukrainischsprachige Veranstaltungen, die im Institut stattfanden, aber wegen der Sprachbarriere für deutsche Wissenschaftler und Studenten eher unattraktiv waren. Das Vorlesungsverzeichnis der Berliner Universität verzeichnet darüber hinaus bis 1931 keine weitergehenden Aktivitäten von Institutsmitgliedern⁴¹.

Krisenjahre: 1929–1932

So erfolgreich die Arbeit der Institutsmitglieder in wissenschaftlicher Hinsicht auch gewesen sein mag, das Institut blieb von politisch bedingten atmosphärischen Störungen nicht verschont. Sie erhielten noch dadurch an Schubkraft, daß das Auswärtige Amt infolge akuter Finanzmittelknappheit des öfteren die Einstellung seiner Zuwendungen an das Institut erwo⁴². Anlaß zu vielerlei Auseinandersetzungen bot die nach wie vor bestehende Vorherrschaft der Skoropadskyj-Partei und in diesem Zusammenhang die personell wie politisch bedingte Konzentration aller Professuren auf geisteswissenschaftliche bzw. historische Fächer. Obwohl in den Statuten des Fördervereins das Stipendienprogramm als eine wesentliche Aufgabe aufgeführt wurde, trat es im Laufe der Zeit nicht nur wegen der mangelhaften Betreuung der Studenten in den Hintergrund. Die meisten ukrainischen Studenten betrieben nämlich keine Geisteswissenschaft, sondern studierten vorwiegend (land-)wirtschaftliche, medizinische oder technische Fächer⁴³. So beschränkte sich das Institut weitgehend auf die Verwaltung der Stipendiengelder, in deren Genuß sowohl Berliner Studenten als auch Studierende des gesamten Reichsgebiets kommen konnten. Natürlich konnte von einer sinnvollen Betreuung der Stipendiaten etwa in Danzig oder Königsberg keine Rede sein. In Berlin verwaltete das Institut aber immerhin ein Studentenwohnheim, das sich bis 1934 in Berlin-Adlershof befand und dann nach

⁴⁰ Lysty Dorošenka Nr. 209, S. 233.

⁴¹ Verzeichnis der Vorlesungen [der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin]. Berlin 1926–1931 (Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin, Sign. LS I 1846/20).

⁴² Eine erste Kündigung, im März 1928 ausgesprochen, konnte durch die Fürsprache des neuen Reichswehrministers und alten Förderers der Ukrainestudien, Wilhelm Groener, im Sommer des Jahres abgewendet werden; im Dezember 1928 aber war die Finanzierung und vor allem die Verlängerung der Arbeitsverträge mit den Institutsmitgliedern noch längst nicht geklärt (Lysty Dorošenka Nr. 302, S. 333); zur Verlängerung der Arbeitsverträge mit den Professoren: PA Bonn, Nr. 120/2, K 033912 (Notiz im Auswärtigen Amt vom 1. 12. 1928). – Hingewiesen sei aber darauf, daß das Rußland-Institut zur selben Zeit mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Die Kürzung der Gelder oder die Kündigung kann also nicht als ein nur gegen das UWI gerichteter Akt angesehen werden, vgl. HANS-ERICH VOLKMANN Die russische Emigration in Deutschland 1919–1929. Würzburg 1966, S. 133–134 (= Marburger Ostforschungen Band 26).

⁴³ Denkschrift im AA vom 13. 8. 1925 (offenbar von Volodymyr Korostovec), PA Bonn, Nr. 120/1, K 033623–K 033632, hier K 033631f.

Charlottenburg umgesiedelt wurde⁴⁴. In der praktisch-wissenschaftlichen Arbeit freilich hatte die professorale Forschung die Ausbildung ukrainischer Studenten längst in den Hintergrund gedrängt.

Da die Vergabe der Stipendien in den Händen des nach wie vor von Skoropadskyj-Leuten dominierten Trägervereins lag, sah man sich seit 1928/1929 immer häufiger dem Vorwurf ausgesetzt, bei der Auswahl nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorzugehen. Man brandmarkte überdies die Zweckentfremdung der Gelder, denn es würden gar nicht mehr Studenten gefördert, sondern vielmehr die politischen Aktivisten Skoropadskyjs im In- und Ausland. Diese aber seien meist überaltert, hätten keine schulische Qualifikation und würden die Zuwendungen schließlich nur als Versorgungsentgelt für ihre politische Tätigkeit ansehen⁴⁵.

Inwiefern die Vorwürfe berechtigt waren, müßte noch eingehender anhand der Stipendienlisten des Instituts untersucht werden⁴⁶. Das Institut und seine Träger verwahrten sich zwar gegen die Vorwürfe, die auch noch in den dreißiger Jahren erhoben wurden, und beteuerten stets die Lauterkeit ihrer Arbeit. Nicht von der Hand zu weisen ist aber, daß das Stipendienprogramm seinerzeit auf den besonderen Wunsch Skoropadskyjs zur Weiterbildung der vielen Soldaten und Offiziere an seiner Seite geschaffen worden war. Gut zehn Jahre nach den Kriegshandlungen freilich mußte diese ungewöhnliche Versorgung über Stipendien immer mehr zu einem Anachronismus werden, zumal gleichzeitig die Zahl junger Studenten anstieg, die freilich zum überwiegenden Teil aus Galizien nach Berlin kamen und damit eher mit den Gegnern Skoropadskyjs sympathisierten. Da diese jungen Studenten legal aus Polen ausgereist waren, hoffte man auch im Auswärtigen Amt, mit ihrer Förderung einen größeren Effekt zu erzielen, als dies mit den im Exil lebenden Skoropadskyj-Leuten möglich schien. Denn immerhin konnten diese jungen Leute auch wieder nach Galizien zurückkehren und ihre dortige Umgebung besser und nachhaltiger beeinflussen⁴⁷.

⁴⁴ Zur Umsiedlung nach Charlottenburg (Goethestr. 87), Tätigkeitsbericht 1934/35, S. 8.

⁴⁵ Siehe hierzu vor allem den sehr deutlichen Brief des Abgeordneten im polnischen Sejm, Graebe, an den (deutschen) Reichsaußenminister v. Neurath vom 6. 2. 1933, PA Bonn, Nr. 120/2, K 034174–K 034179; aber auch schon im Jahre 1930 hat Riko Jaryj in einem Exposé wohl ähnliche Vorwürfe erhoben (ebenda K 033984–K 033985).

⁴⁶ Folgende Stipendienlisten waren im gesichteten Material aufzufinden: Anlage zum Brief Mirčuk an AA vom 6. 10. 1933, PA Bonn Nr. 120/3,4, E 465231 (Zeitraum 1. 12. 1932–30. 9. 1933; 19 Stipendiaten); Verzeichnis der Stipendien vom 16. 11. 1934, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845 (60 Stipendiaten); Tätigkeitsbericht 1936, S. 14–16 (40 Stipendiaten); Verzeichnis der Stipendiaten vom 26. 10. 1937, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845 (47 Stipendiaten); Erweitertes Verzeichnis der Stipendiaten vom 14. 3. 1938, ebenda (70 Stipendiaten). – Die Listen beziehen sich jeweils auf unterschiedliche Zeiträume; was mit dieser Inkonsequenz bezweckt wurde, geht – nach oberflächlicher Prüfung – nicht aus den Papieren hervor. Der Sejmabgeordnete Graebe prangerte 1933 u. a. an, daß Ivan Hladyovyč als Redakteur der Lemberger Zeitung „Chliborobskyj šljach“ gleichzeitig „aus Reichsmitteln ein Stipendium zum Studium in Deutschland“ erhielt, Brief Graebe an Reichsminister Göring vom 22. 6. 1933, PA Bonn, Nr. 120/3,4, E 465155; tatsächlich taucht Hladyovyč in der Stipendienliste von 1932/1933 auf, ebenda E 465231.

⁴⁷ So das Beschlußprotokoll der (dann nicht umgesetzten) Gespräche zwischen Reichswehr, AA und Preußischem Kultusministerium vom 12. 7. 1933, PA Bonn, Nr. 120/3,4, E 465159: „Die Stipendien sind grundsätzlich mit jungen Studierenden, aus westukrainischen Gebieten, die nicht über 25 Jahre alt sein dürfen und denen eine Rückkehr in die Heimat offen steht, zu besetzen.“

Hinter der Stipendiatenfrage verbargen sich nicht so sehr sachliche Themen, als vielmehr politische Auseinandersetzungen innerhalb der ukrainischen Diaspora. Den Anstoß hierzu gab der Erfolg der Ukrainischen Militärorganisation (UVO) bzw. der 1929 aus ihr hervorgehenden Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN). Evhen Konovaléc, der Begründer dieser streng nach dem Führerprinzip organisierten und aus jungen galizischen Studenten rekrutierten Bewegung, hatte noch 1926 persönlich an der Eröffnungsfeier des UWI teilgenommen. Er nutzte sein steigendes Ansehen im ukrainischen Untergrund wie in der Diaspora, griff Skoropadskyj wegen dessen propolnischen Äußerungen scharf an und eröffnete somit den Kampf um die Vorherrschaft auch im Berliner Exil⁴⁸. Schützenhilfe erhielt er von der Organisation der ukrainischen Nationaldemokraten (UNDO), die in ihrer Haltung gegenüber den Polen zwar ebenfalls moderatere Thesen vertrat, aber nicht weniger um einen Platz in der Berliner Diaspora und um die Gunst der deutschen Politiker kämpfte. Da beide Organisationen ihre personelle Basis in Galizien hatten, warf man sie in den deutschen Ämtern öfter in einen Topf und bezeichnete sie offenbar nach ihrem Berliner Kristallisationspunkt, dem ukrainischen Pressebüro, als „ukrainisches Büro“⁴⁹.

Beide Organisationen suchten den Zuzug ukrainischer Studenten aus Galizien nach Berlin für sich zu nutzen, ohne jedoch die Vorherrschaft der Skoropadskyj-Partei im Trägerverein nennenswert erschüttern oder gar auf das Institut und seine Zusammensetzung einwirken zu können. Am aussichtsreichsten erschien es daher, über die das Institut finanzierenden Ministerien eine Änderung herbeizuführen, zumal man ohnehin bereits seit längerem über enge Kontakte vor allem zum Reichswehrministerium verfügte⁵⁰. Angesichts nicht unberechtigter Hoffnungen auf die amtliche deutsche Unterstützung beschränkten sich die Vorstöße von OUN und UNDO bald nicht mehr auf die Stipendienfrage, sondern liefen auf eine grundsätzliche Änderung des Instituts hinaus. Dies geht jedenfalls erkennbar daraus hervor, daß man gleichzeitig mit der Stipendiendebatte auch Vjačeslav Lypynskyj und seine Professorentätigkeit unter Beschuß nahm. In Lypynskyj, der sich nur sehr selten in Berlin aufhielt und sonst am Bodensee an seinem politischen Hauptwerk schrieb, wollte man nicht nur den Professor, sondern vor allem den Ideologen der monarchistischen Skoropadskyj-Gruppe treffen. Offenbar war es schon Anfang 1928 gelungen, beim Auswärtigen Amt Mißtrauen gegen ihn zu säen, stand doch seine Professur in diesem Jahr mehrfach im Zusammenhang mit der Verlängerung der finanziellen Förderung und der Professorenverträge zur Debatte⁵¹. Ein Jahr später führte schließlich das Zerwürfnis zwischen dem Het'man und Lypynskyj nicht nur zu einem Teilerfolg, sondern auch zu einer tiefgreifenden Schwächung der Skoropadskyj-Partei.

⁴⁸ Zur OUN siehe: Evhen Konovaléc *ta joho doba*. Red. Ju. Bojko. Mjunchen 1974; PETRO MIRČUK *Narys istorii Orhanizacii Ukraïns'kych Nacionalistiv*. Band 1. Mjunchen 1968.

⁴⁹ Aus den Akten geht nur selten eindeutig hervor, ob es sich bei dem „ukrainischen Büro“ nun um die UNDO oder um die OUN handelt, z. B. Vermerk Windeckers, AA, über ein Gespräch mit dem Kuratoriumsvorsitzenden Frisch vom 17. 11. 1932, PA Bonn, Nr. 120/2, K 034155–K 034157.

⁵⁰ RYSZARD TORZECKI *Kwestia ukraińska w polityce III Rzeszy (1933–1945)*. Warszawa 1972, S. 106–107.

⁵¹ PA Bonn, Nr. 120/1, Protokoll der Kuratoriumssitzung des UWI vom 30. 6. 1928, K 033878–K 033881, hier K 033881 („... In der Angelegenheit des Herrn v. Lipinsky hat das A. A. einen endgültigen Beschluß noch nicht gefasst“). Eine erneute Debatte fand gegen Ende des Jahres statt, ebenda K 033912 (Notiz vom 1. 12. 1928).

Denn die Anerkennung der ungarischen Ansprüche auf die Karpato-Ukraine durch Skopadskyj quittierte Lypynskyj mit dem Vorwurf des Verrats am ukrainischen Volk und verließ mit einem Eklat den politischen Zirkel des Het'man⁵².

Die verfahrenre Situation am Institut nutzte der Sotnyk der OUN, Riko Jaryj, um über seine offenbar über die Berliner ukrainischen Vereine geknüpften politischen Kontakte zum Auswärtigen Amt und zum Reichswehrministerium im März 1930 die Wiederbesetzung der Lypynskyjschen Professur im Sinne der von ihm vertretenen Organisation zu verlangen⁵³. Statt der offensichtlich historisch-geistesgeschichtlichen Ausrichtung des Instituts forderte Jaryj eine stärkere Berücksichtigung „praktischer Fächer“ und eine grundsätzliche Änderung in den Modalitäten der Stipendienvergabe. Ziel war es darüber hinaus, eine Verlagerung von wissenschaftlichen hin zu pädagogisch-weiterbildenden Funktionen des Instituts zu erreichen und gleichzeitig eigene Vertreter in das Institut einzuschleusen.

Jaryjs einflußreiche Position erklärt sich aber nicht allein aus seiner Sprecherschaft für die jüngeren galizischen Studenten. Offensichtlich besaß er auch die Unterstützung des Auswärtigen Amtes, denn schließlich nahm es seine Vorwürfe dankbar auf, um damit notwendige Mittelkürzungen zu rechtfertigen⁵⁴. Daß neben dem Auswärtigen Amt auch das Reichswehrministerium für Jaryj in der Institutsfrage tätig geworden wäre, ist hingegen nicht belegt. Zwar bestanden zwischen OUN und Reichswehr schon seit 1922 enge Kontakte, doch dürfte der zwischen 1928 und 1932 amtierende Reichswehrminister und Protektor des Instituts, Wilhelm Groener, offizielle Demarchen aus dieser Richtung noch unterbunden haben. Dennoch ist es in diesen Krisenjahren sowohl im Trägerverein als auch im Institut selbst zu erheblichen Veränderungen gekommen. So änderte beispielsweise der „Verein zur Förderung der ukrainischen Wissenschaft und Kultur e.V.“ am 6. Mai 1930 seine Satzung dahingehend, daß die Zahl der Beisitzer im Vorstand von fünf auf elf erhöht wurde⁵⁵. Wie es zu dieser Erweiterung und doch tiefgreifenden Änderung gekommen ist, wer dafür weshalb eintrat, das wird im vorliegenden Schriftverkehr nirgendwo begründet. Immerhin könnte der Vorgang darauf zurückzuführen sein, daß es Jaryj oder seinen studentischen Gefolgsleuten offenbar doch gelungen war, die Mitgliedschaft im Trägerverein zu erhalten. Der politische Proporz, dem man womöglich durch

⁵² Die Lypynskyjschen Vorwürfe gegen den Het'man wurden in den Nr. 216–224 des „Dilo“ vom 30. 9. bis 9. 10. 1930 gedruckt. – Offiziell wurde erklärt, Lypynskyj sei aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Daß dem nicht so war, zeigt das Protokoll der Kuratoriumssitzung des UWI vom 2. 8. 1929, aus dem nicht nur hervorgeht, daß Lypynskyj eine Abfindung erhalten sollte, sondern auch, daß er keineswegs aus freien Stücken ging: Lysty Dorošenka, Dod. VIII, S. 421–423, hier S. 422.

⁵³ PA Bonn, Nr. 120/2, K 033968ff., Schreiben Jaryjs an AA vom 25. 3. 1930 (Eingangsstempel). Darin referiert Jaryj ein Gespräch mit dem Kuratoriumsmitglied Skoropys und Ivan Mirčuk als den Vertretern des Instituts, obwohl zu dieser Zeit noch Dorošenko als Direktor des Instituts fungierte. Letzterer hatte sich in Schreiben an Lypynskyj bereits öfter darüber beklagt, daß seine Kompetenz hinsichtlich des Instituts bei offiziellen Regierungsstellen übergangen und an seiner Statt immer Mirčuk ins AA berufen werde (Lysty Dorošenka Nr. 311, S. 343 [Brief vom 26. 7. 1929]).

⁵⁴ So konnte man 1929 die Schließung des Instituts nur mit dem Argument abwenden, daß es sich beim UWI – im Gegensatz zum „humanitären und karitativen Charakter“ des Rußland-Instituts – um eine rein wissenschaftlich arbeitende Institution handle, Protokoll der Kuratoriumssitzung des UWI vom 2. 8. 1929, in: Lysty Dorošenka, Dod. VIII, S. 421–423.

⁵⁵ Vgl. die Satzung des Vereins (Abschrift) in BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845 (= Anlage zum Schreiben Skoropys' an Schickedanz, Außenpolitisches Amt, vom 9. 5. 1933).

die Erweiterung des Vorstandes Rechnung trug, konnte darüber hinaus auch deshalb notwendig geworden sein, weil es Jaryj (und mit ihm der OUN) in diesen finanziell sehr unsicheren Jahren gelungen war, Drittmittel zu werben, die angesichts der Kündigungen und Mittelkürzungen von seiten des Auswärtigen Amtes zumindest einen Teil der Stipendien für ukrainische Studenten absicherten⁵⁶.

Nicht anders verlagerten sich die Schwergewichte in der Professorenschaft des Instituts, wobei sich Ivan Mirčuk immer mehr als maßgeblicher Gefolgsmann Skoropadskyjs in den Vordergrund schob und die Autorität des zunehmend kritisch zum Het'man stehenden Direktors, Dmytro Dorošenko, untergrub⁵⁷. So kontaktierte das Auswärtige Amt in den Jahren 1929 und 1930 in allen wichtigen Fragen nicht den Direktor, sondern eben Mirčuk⁵⁸. In den 1929 abgehaltenen Neuwahlen zum Direktorposten ging jedoch keiner von beiden Kontrahenten als Sieger hervor, so daß Dorošenko, obwohl er weniger Stimmen als Mirčuk erhalten hatte, die Direktorschaft kommissarisch weiterführte⁵⁹. Ohne Unterstützung mußte ihm dies aber schwerfallen, so daß auch Jaryj im März 1930 seine auf Geheiß des Auswärtigen Amtes durchgeführten Verhandlungen bezüglich des weiteren Schicksals des Instituts unter Ausschluß Dorošenkos führte. Neben dem Kuratoriumsmitglied Skoropys-Joltuchovskij erschien nur Ivan Mirčuk als Vertreter der Professorenschaft⁶⁰.

Alle Aktionen dienten letztlich dazu, für Lypynskij einen adäquaten und politisch genehmen Nachfolger zu finden. Nur hatte sich die Fraktionenbildung sowohl innerhalb wie außerhalb des Instituts vollkommen geändert. Gleichzeitig mit der offensiven und aggressiven Politik der OUN kam es auch unter der Gefolgschaft des Het'mans zum Zerwürfnis. Ob und inwiefern Skoropadskij sich selbst womöglich zu Zugeständnissen gegenüber der OUN bereit zeigte, um die Existenz des Instituts abzusichern, ist unklar⁶¹. In jedem Fall weitete sich die Wiederbesetzung des Lypynskij-Lehrstuhles zu einem

⁵⁶ Schreiben Jaryjs an das AA vom 25. 3. 1930, PA Bonn, Nr. 120/2, K 033968–K 033969, in dem Jaryj von der Bereitschaft des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ berichtet, nach Möglichkeiten einer finanziellen Unterstützung zu suchen. Eingeschaltet wurde hierbei übrigens die Alexander-von-Humboldt-Stiftung, die nach 1933 theoretisch die Kontrolle über die Stipendienverwaltung des Instituts ausüben sollte. Spätestens im November 1932 scheint sich in dieser Frage ein erster Erfolg eingestellt zu haben, der die Institutsmitglieder letztlich zur Anerkennung von Ansprüchen Jaryjs in der Stipendienvergabe zwang, siehe: Vermerk über ein Gespräch im AA mit Mirčuk und Kuzelja vom November 1932 (ebenda K 034153), worin die Institutsmitglieder u. a. erklärten, „ein Stipendium könne für die Bewerber des Herrn Jary zur Verfügung gestellt werden. Wenn es indessen möglich sei, 12 Stipendien zu erhalten, so seien sie bereit, die beiden weiteren Stipendien auch den Kandidaten des Herrn Jary zu überlassen.“

⁵⁷ TORZECKI *Kwestia ukraińska* S. 113.

⁵⁸ Dorošenko hatte sich bereits im Juli 1929 gegenüber Lypynskij darüber beklagt, daß „die Deutschen für alle Gespräche nicht mich rufen, sondern Mirčuk [... u nas ustanovyvsja takyj modus, ščo dlja vsjakych perehovoriv nimci klyčut' ne mene, a Mirčuka]“, *Lysty Dorošenka* Nr. 311, S. 343.

⁵⁹ *Lysty Dorošenka* Nr. 302, S. 333.

⁶⁰ Brief Jaryjs an das AA vom 25. 3. 1930 (Eingangsstempel), PA Bonn, Nr. 120/2, K 033968–K 033969.

⁶¹ In BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845, befinden sich u. a. Kopien von der Zeitschrift „Der Rote Aufbau. Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung“ 3. Jg. (1930) Heft 3, S. 149–151, in denen von Gesprächen zwischen UNDO, OUN und Skoropadskij-Anhängern die Rede ist (S. 150).

Politikum aus. Als Nachfolger und Symbol der inhaltlichen Veränderung wurde frühzeitig Zenon Kuzelja ins Gespräch gebracht, und zwar eindeutig als Vertrauter der von Jaryj verfochtenen Linie eines Wandels vom wissenschaftlichen hin zu einem auf praktische Fächer orientierten Institut mit pädagogisch-bildungspolitischem Auftrag. Kuzelja lebte zu diesem Zeitpunkt bereits einige Jahre in Berlin und hatte als „außerordentliches Mitglied“ auch Lehrveranstaltungen und Vorträge im Institut abgehalten, ohne jedoch von seinen Kollegen anerkannt zu werden. Sie sahen in ihm nicht zu Unrecht vor allem einen politischen Vertreter der OUN, denn gleichzeitig engagierte er sich in der ukrainischen Gesellschaft in Berlin und leitete auch das ukrainische Pressebüro⁶². Da die Berufung Kuzeljas also nicht nur ein politisch bedingtes Zugeständnis an die Skoropadskyj-Gegner gewesen wäre, sondern auch noch eine grundsätzliche Änderung in der Institutsarbeit bedeutet hätte, traten Dmytro Dorošenko und Volodymyr Zalozečkyj im Jahre 1931 von ihren Posten zurück und verließen verbittert Berlin. Ihr Rücktritt war nicht nur eine Reaktion auf die OUN-Vorstöße, er dokumentiert die zunehmende Distanz zum Het'man und nicht zuletzt wohl auch den Unmut über den Verlust der Wissenschaftlichkeit am Institut⁶³.

Zur gleichen Zeit begann man im Auswärtigen Amt, ebenso wie in bezug auf das russische Institut, den „karitativen und humanitären Gedanken“ der Unterstützung von geflüchteten Wissenschaftlern stärker hervorzuheben. Da dies nach dem Zusammenschrupfen des Professorenkollegiums auf nur eine ordentlich besetzte Professur immer schwerer fiel, kündigte das Auswärtige Amt offenbar am 1. Juli 1931 seine Beihilfe zum 1. Oktober 1932⁶⁴. Bereits zuvor hatte es tatsächlich erste Einschränkungen hinsichtlich der Vergabemodalitäten der Stipendiengelder gegeben, die nun auch den Mitgliedern anderer ukrainischer Organisationen (der UNDO bzw. der OUN) zugute kommen sollten. Weiterhin sollten zwei Stipendien für Journalisten ausgeschrieben werden, die dem ukrainischen Pressebüro Kuzeljas nahestanden⁶⁵.

Bei der intensiven Suche nach neuen Finanziers wurden verschiedene Lösungen diskutiert. So trat am 18. März 1932 eine Gesprächsrunde zusammen, die über das weitere Schicksal des Instituts beriet. Teilnehmer waren einige Institutsmitglieder (Mirčuk und der Kuratoriumsvorsitzende Frisch von der Dresdner Bank) sowie Vertreter des Orientalischen Seminars, des Reichsinnenministeriums (Dennevert), des Auswärtigen Amtes und schließlich des Preußischen Kultusministeriums. Die Kommission prüfte u. a. die Möglichkeit, das Institut in den Zuständigkeitsbereich des Reichsinnenministeriums zu überführen, das seinerzeit ebenfalls von Wilhelm Groener geleitet wurde. Andere Vor-

⁶² TORZECKI *Kwestia ukraińska* S. 116.

⁶³ Der genaue Zeitpunkt des Rücktritts ist unbekannt. Max Vasmer, der aus Solidarität von seinem Kuratoriumsposten zurücktrat, äußert sich in seinem Nachruf auf Dorošenko nur verschwommen dazu, *FASMER Na žadku pro D. Dorošenka* S. 31–34. Aber auch er war stets für die Wahrung der Wissenschaftlichkeit am Institut eingetreten, Archiv der Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät, Sign. 1537: „Seminar für orientalische Sprachen“, Bl. 61.

⁶⁴ Ein Kündigungsschreiben liegt nicht vor; ein Aktenvermerk Windeckers vom 29. 11. 1932 (PA Bonn, Nr. 120/2, K 034155–K 034157) belegt aber die Einstellung von regelmäßigen Zahlungen des AA an das Institut. Die Kündigungsmodalitäten gehen zurück auf eine Vereinbarung vom 28. 6. 1929, wonach bis zum 1. Juli eines Jahres zum 1. Oktober des darauffolgenden Jahres gekündigt werden mußte, PA Bonn, Nr. 120/2, K 033931.

⁶⁵ Ebenda K 034156 und K 034153. Das Institut vergab aber zumindest eines dieser Journalistenstipendien an einen Skoropadskyj-Gefolgsmann, Ivan Hladylovč, siehe oben Anm. 46.

schläge sahen die Überführung in das Orientalische Seminar vor, was eine (als problematisch empfundene) Unterstellung unter das Preußische Kultusministerium nach sich gezogen hätte⁶⁶. Da Groener zur gleichen Zeit auch Reichswehrminister war, schien sich wohl auch eine Unterstützung von dieser Seite anzubieten; ob es aber dazu gekommen ist, bleibt ungewiß. Festzustellen ist immerhin, daß in allen Fragen, die das Institut in den folgenden Jahren betrafen, auch das Reichswehrministerium bzw. einzelne seiner Abteilungen Mitsprache beanspruchten und auch erhielten. Freilich sind diese Aktivitäten mehr auf den Rückhalt zurückzuführen, den die OUN in diesem Ministerium genoß, als auf das Engagement des bald abgesetzten Groener und seiner Klientel⁶⁷.

Welcher Art die finanzpolitischen Lösungen im Jahre 1932 nun waren, geht aus den vorliegenden Papieren nicht eindeutig hervor. Offenbar ist es zu einer Aufteilung der Lasten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Preußischen Kultusministerium gekommen. Erleichtert wurde die Entscheidung aber wohl deshalb, weil die Professoren Doroßenko und Zalozečkyj nach den inneren Auseinandersetzungen in der Skoropadškyj-Partei ihre Posten niedergelegt und Berlin verlassen hatten. So übernahm für das Jahr 1932 noch das Auswärtige Amt den Löwenanteil der Finanzierung infolge seiner Verpflichtungen, die es 1929 eingegangen war⁶⁸. Obwohl es sich ansonsten strikt weigerte, weitere Verpflichtungen auf Dauer zu übernehmen, signalisierte es dann aber doch, künftig wenigstens für die Stipendiengelder aufkommen zu wollen⁶⁹. Wie der Rest des zunächst mit 13 000,- RM angegebenen, dann aufgrund eines Kostenvorschlags auf 18 300,- RM angestiegenen Institutsetats bestritten wurde, ist nicht belegt⁷⁰.

⁶⁶ Ebenda K. 034155; Vermerk des Referenten im Reichsinnenministerium über das Ukrainische Wissenschaftliche Institut vom 19. 8. 1932, BA Potsdam, 15.01 Reichsministerium des Inneren, Nr. 26765, Bl. 176–176R.

⁶⁷ Zu einer stärkeren Einbeziehung des Reichswehrministeriums kam es daher auch nur im Rahmen der Gleichschaltungsversuche des Jahres 1933. Eine Besprechung am 12. 7. 1933 stellte z. B. unmißverständlich fest, daß „die Besetzung der Professuren und Stipendien von der Zustimmung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums abhängig gemacht“ werden, PA Bonn, Nr. 120/2, E 465159. Der Spuk war aber beendet, nachdem man dem Kriegsministerium im Zuge des polnisch-deutschen Freundschaftsvertrages von 1934 jegliche offenen Kontakte zur OUN untersagt hatte. Im Gegensatz zu manchen Spekulationen von wissenschaftlicher Seite über einen größeren Einfluß des Kriegsministeriums auf das Institut ist von näheren Kontakten nur noch über diverse Auftragsarbeiten (Wörterbuch usw.) die Rede. – Von einem Versuch des Reichswehrministeriums, im Jahre 1939 die Eingliederung des Instituts in seinen Zuständigkeitsbereich zu erwirken (MIRČUK Ukraïnskyj Naukovyj Instytut S. 88), ist nichts bekannt.

⁶⁸ Siehe Anm. 64.

⁶⁹ Schreiben des AA an den Reichsinnenminister vom 7. 7. 1932, BA Potsdam, 15.01 Reichsministerium des Inneren, Nr. 26765, Bl. 175. Darin lehnt das AA einen für das Institut angeforderten Zuschuß „trotz wohlwollendster Prüfung“ ab, erklärt aber gleichzeitig, daß „das Auswärtige Amt gern bereit [ist], für etwaige Stipendien an Studierende ... Beiträge zur Verfügung zu stellen“.

⁷⁰ Die vom Institut aufgestellten Kostenvorschläge bezogen sich auf die Haushaltsjahre 1932 und 1933, BA Potsdam, 15.01 Reichsministerium des Inneren, Nr. 26765, Bl. 127 und 129. – Die Planungen zur Überführung ins Orientalische Seminar nahmen durchaus Gestalt an. Der Antrag auf Zulassung von (unentgeltlich abgehaltenen) Lehrveranstaltungen von Mitarbeitern des UWI im Orientalischen Seminar wurde im Mai/Juni vom Preußischen Kultusministerium genehmigt (siehe Brief des Kuratoriumsvorsitzenden des Instituts, Frisch, an Ministerialdirektor Pellengahr, Reichsinnenministerium, vom 22. 6. 1932, BA Potsdam, 15.01 Reichsministerium des Inneren, Nr. 26765, Bl. 125 sowie Bl. 169–174; auf Bl. 170 befindet sich die Randbemerkung „bereits geschehen“). Eine organisatorische Überführung unter finanzieller Absicherung des Instituts durch das Kultusministerium wurde jedoch zu-

Der Kampf um die Finanzierung des UWI im Jahre 1932 zeigt ganz deutlich, daß sich die Hoffnungen Skoropadskyjs auf Spendengelder, insbesondere aus dem Ausland, nicht erfüllt hatten. Außer den nicht unbedeutenden Schenkungen von Büchern und Zeitungen muß das Volumen von Geldspenden sehr gering gewesen sein. Sowohl die Kostenvoranschläge als auch die Abrechnungen dieser Jahre bezogen mögliche Spendengelder gar nicht in ihre Berechnungen mit ein. Defizite wurden hingegen mit dem Verzicht einzelner oder sogar aller Mitarbeiter des Instituts auf Teile ihrer Vergütungen (25%), durch die Streichung von Stipendien und durch die Einstellung der „Abhandlungen“ ungenügend ausgeglichen⁷¹. Das Institutsleben lief in diesem Jahr der Ungewißheit quasi unter Notprogrammen ab. Der Erklärungsbedarf gegenüber den Ministerien stieg und förderte zum ersten Mal einen „Plan der Tätigkeit des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts“ für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Juli 1932 zutage⁷². Er sah Veranstaltungen am Orientalischen Seminar vor, nennt aber auch die Hochschule für Politik und das Deutsche Institut für Zeitungskunde – beides übrigens Brückenköpfe der späteren nationalsozialistischen Hochschulpolitik – als mögliche Kooperationspartner. Darüber hinaus betont der Plan wohl aus dem Bemühen um eine Entpolitisierung des Instituts heraus die stärkere Heranziehung auch deutscher Wissenschaftler an die Arbeit des Instituts und rückt schließlich immer mehr dienstleistende Tätigkeiten (Bibliothek, Bücheraus-

nächst als problematisch angesehen und frühestens im Herbst 1932 für möglich gehalten (ebenda Bl. 124–125). Daß das Kultusministerium bis zu dieser Zeit noch keine nennenswerten Geldbeträge für die Existenz des Instituts beigesteuert hatte, geht u. a. aus einem Schreiben des Kuratoriumsmitglieds Skoropys-Joltuchovskij vom 11. 5. 1933 an v. Leers vom Kultusministerium hervor. Demnach hat das Ministerium zunächst nur 800,- RM im Jahr, 1931 sogar nur 500,- RM beigesteuert und 1932 seine Zahlungen gänzlich eingestellt (BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845). – Vom Innenministerium wurden ebenfalls keine nennenswerten Beträge zur Verfügung gestellt, fiel es doch nach dem Rücktritt Groeners (nach dem von ihm verhängten Verbot von SA und SS) als möglicher Sponsor aus. Der neue Innenminister schrieb am 19. 8. 1932 an das AA: „Ich darf erg. anheimstellen, ... in Verbindung mit Preußen das weitere hinsichtlich der Auflösung oder beschränkten Weiterführung des Instituts zu veranlassen“, BA Potsdam, 15.01 Reichsministerium des Inneren, Nr. 26765, Bl. 176R. – Somit ist klargestellt, daß die von MIRČUK Ukraïnskyj Naukovyj Instytut S. 88 konstatierte Überführung des Instituts zum Kultusministerium, und vor allem dessen Ausstattung mit einem festen Budget, keineswegs stattgefunden hat. Der daraus abgeleitete und immer wieder als besondere Errungenschaft dargestellte Status des Instituts als „deutsche staatliche Einrichtung“ („staje nimečkoju deržavnoju ustanovuju“, ebenda S. 88) hat demnach nie Bestand gehabt.

⁷¹ Die Opferbereitschaft der Professoren ist insofern bemerkenswert, als man schon 1929 die Kürzung ihrer Gehälter zugunsten des Institutes diskutiert, dann aber wegen „der ohnedies nicht hoch bemessenen Bezüge“ wieder verworfen hatte, vgl. Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 2. 8. 1929 in: Lysty Dorošenka, Dod. VIII, S. 421–423, hier S. 422. – Anstelle der Veröffentlichungsreihe „Abhandlungen des Ukrainischen wissenschaftlichen Instituts“ sollten nunmehr wissenschaftliche Lehrbücher über die ukrainische Sprache, Geschichte, Wirtschaft usw. treten: Plan der Tätigkeit 1932, S. 3. Der Tätigkeitsbericht für denselben Zeitraum nennt darüber hinaus drastische Einschränkungen im Stipendienbereich. So wurden alle Stipendien der 1. Kategorie (Graduiertenstipendien) zum 1. 1. 1932 gekündigt und die Stipendien der 2. Kategorie auf 6 Personen beschränkt (von früher 10 bis 12). Flankiert wurden diese Maßnahmen von Verhandlungen mit dem Bezirksamt Treptow über die Kürzung der Miete für das Studentenwohnheim in Adlershof um 50%; das Telefon dort sowie die Versicherungen gegen Einbruch und Diebstahl mußten aus Kostengründen abgemeldet bzw. gekündigt werden, vgl. Tätigkeitsbericht 1. 1. 1932 bis 31. 7. 1932, Bl. 199–200.

⁷² Plan der Tätigkeit 1932, passim. Vgl. Tätigkeitsbericht 1. 1. 1932–31. 7. 1932, Bl. 193–200.

tauschstelle, die wissenschaftliche Auskunftsstelle in ukrainischen Angelegenheiten, Zeitungsarchiv) ins Zentrum seiner Tätigkeit. Bei allem handelte es sich also nicht nur um „nützliche Dienstleistungen“, die das Institut schon früher den deutschen Ministerien hätte angedeihen lassen können, sondern ausgerechnet um solche Arbeitsbereiche, die Riko Jaryj zuvor stets gefordert und Zenon Kuzelja bereits vor seiner Ernennung zum ordentlichen Institutsmitglied als Leiter des ukrainischen Pressebüros betreut hatte⁷³.

Die verhinderte Gleichschaltung 1933

Der grundlegende Wandel in der Aufgabenstellung des Instituts ist also schon im Jahre 1932 vollzogen worden und hat nichts mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten zu tun. Zwar bewegten sich die ukrainischen Exilorganisationen immer weiter zu den Nationalsozialisten und ihrer Ideologie hin, doch sind es die inneren Auseinandersetzungen zwischen den divergierenden Gruppierungen gewesen, die zu ersten einschneidenden Maßnahmen geführt haben. Danach war es nur eine Frage der Zeit, wann die Ministerien letztlich mit dem Entzug der Finanzmittel drohten. Das Gegeneinander der deutschen Ministerien und Dienststellen ließ das Institut dann während des Dritten Reiches zu einem wissenschaftlichen Dienstleistungsunternehmen verkümmern. Daß die auch weiter bestehende Abhängigkeit von ministeriellen Finanzzuwendungen die Servilität der Institutsmitglieder eher noch steigerte, gehört wohl auch später noch zu einem Charakteristikum derartiger von Fremdfinanzierungen abhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Einem endgültigen Scheitern des Skoropadskyj-Planes, ein privates, von Spenden finanziertes Ukraine-Institut zu unterhalten, standen *de facto* nur noch die Statuten des Trägervereins im Wege. Da diese aber nur durch die Selbstauflösung des Vereins beseitigt werden konnten und eine solche Maßnahme sowohl bei den deutschen und ukrainischen Mitgliedern als auch in Teilen der Ministerien auf Widerstand stieß, perpetuierte sich der Schwebezustand über das Jahr 1932 hinaus. Das Institut rückte nun in den Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen, in denen nicht nur zwei, sondern – bereichert durch die Machtergreifung der in ihrer Beurteilung Osteuropas keineswegs einheitlich auftretenden Nationalsozialisten im Januar 1933 – gleich mehrere Gruppierungen mit jeweils unterschiedlichen Intentionen um die Art der Weiterführung des Instituts rangen. Dabei kam es zu verwirrenden Koalitionen zwischen den im tagespolitischen Geschehen dominierenden Strömungen in der Reichs- und Parteiführung und den zerstrittenen ukrainischen Parteien, die nach wie vor ihren Einfluß auf das Institut entweder steigern oder bewahren wollten. Da das Institut mit dem Eintritt Kuzeljas auch seine innere Einheit verloren hatte, in Mirčuk und Kuzelja also zwei in ihren politischen Auffassungen sehr verschiedene Persönlichkeiten dessen Geschicke mit jeweils eigenen Zielsetzungen bestimmten, kann immer weniger von einem geschlossen auftretenden „Institut“ gesprochen werden. Vielmehr rückten nach 1933 mangels einer eindeutigen, auch organisatorischen Strukturreform des Instituts die Aktivitäten der einzelnen Mitglieder in den Mittelpunkt des Geschehens, die dann auch auf das Institut zurückwirkten und spätere Beobachter dazu bewogen, diese oder jene Veröffentlichung oder Äußerung als „offizielle

⁷³ TORZECKI *Kwestia ukraińska* S. 116. Kuzelja betätigte sich auch danach noch als Leiter des ukrainischen Pressebüros, Brief Kuzeljas an Leibbrandt vom 4. 4. 1934, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845.

Institutspolitik“ auszugeben. Nicht zuletzt diese Tatsache trug zu dem zwiespältigen Urteil bei, das nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte, wonach einerseits hervorragende Wissenschaft betrieben worden sei und andererseits das Institut zu den maßgeblichen Kollaborateuren der Nationalsozialisten gehört habe.

Daß von einer einheitlichen Institutspolitik nicht gesprochen werden kann, zeigen bereits die Ereignisse kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahre 1933. Ausgangspunkt waren sowohl die für die ersten Jahre nationalsozialistischer Hochschulpolitik typischen Säuberungen des Wissenschaftsbereiches von den Lasten der Weimarer Republik als auch Änderungen in der außenpolitischen Beurteilung des Verhältnisses zu Osteuropa. Beide Themenkreise fanden hinsichtlich des Instituts ihren Fokus in der Beurteilung der Rolle Skoropadskyjs und seines Förderers Wilhelm Groener, wobei sich das Geschehen auf Skoropadskyj konzentrierte, der wegen seiner Wendung zu einer propolnischen Haltung im krassen Gegensatz zur OUN stand, die nun ihrerseits mehr oder weniger vom Reichswehr- und Reichsinnenministerium protegiert wurde.

Schon kurz nach dem 30. Januar 1933 begann der deutsche Abgeordnete im polnischen Sejm, Kurt Graebe, mit Eingaben bei den deutschen Ministerien vorstellig zu werden. Sein Hauptanliegen bestand darin, die vorherrschende Skoropadskyj-Partei im Institut zu beseitigen. In mehreren Schreiben warnte er die deutschen Ministerien vor einer Unterstützung des Het'mans. Indem sich dieser für einen ukrainisch-polnischen Ausgleich einsetze, werde die geschlossene Frontstellung der Minderheiten in Polen auseinanderbrechen und somit auch die deutsche Minorität eines wichtigen Gegengewichts gegen die polnische Obrigkeit beraubt. Deshalb müßten von staatlicher Seite in Berlin nicht jene Kräfte gefördert werden, die für einen ukrainisch-polnischen Ausgleich einträten, sondern eben jene Kampfgruppen der OUN, die in den vergangenen Jahren durch terroristische Anschläge gegen polnische Regierungsvertreter aufgetreten waren⁷⁴. Die Vorschläge Graebes beschränkten sich nicht auf allgemeinpolitische Forderungen, sie zeugen im Gegenteil von einem detaillierten Wissen von den Zuständen im UWI. So sei man in Polen der „Ansicht, dass gerade in einem derartigen, letzten Endes aus politischen Gründen geschaffenen Institute in Deutschland in erster Linie die antipolnischen ukrainischen Elemente Stimme und Sitz haben müssten ... Es war ein Fehler, dass man bei der Gründung dieser Anstalt nur eine einzige ukrainische Gruppe berücksichtigt, und auch bis heute keine entsprechende Änderung bzw. Ergänzung durchgeführt hat. Es ist Tatsache, dass ein Professor dieses Institutes sogar in Berlin Vorträge für eine polnisch-ukrainische Verständigung gehalten hat, ... während bis heute durch ihre anti-polnische Linie bekannte nationale Ukrainer erst nach Intervention bei höchster Stelle in den Lehrkörper aufgenommen“ worden seien⁷⁵.

Der letzte Hinweis bezieht sich auf die Professur Zenon Kuzeljas, dessen offizielle Berufung sich bis zum Januar 1932 hingezogen hatte. Aus diesem Zusammenhang und aus dem Engagement, das Graebe in seinen Briefen für die ukrainischen Studenten der OUN und für die Stipendienfrage entwickelt, wird deutlich, daß es sich bei den Aktionen der OUN in den Jahren 1930/1931 nicht einmal um isolierte Aktionen ausschließlich dieser ukrainischen Exilgruppe gehandelt hat. Bereits damals muß Jaryj sich der massiven

⁷⁴ Brief Graebes an Reichsaußenminister v. Neurath vom 6. 2. 1933 [!], PA Bonn, Nr. 120/2, K 034174–K 034179; Graebe an Reichsinnenminister Göring, 22. 6. 1933, ebenda E 465154–E 465156; Graebe an AA, 29. 9. 1933, ebenda E 465246–E 465249.

⁷⁵ PA Bonn, Nr. 120/2, Graebe an Außenminister v. Neurath, 6. 2. 1933, K 034174–K 034179, hier K 034176ff. (Hervorhebung im Original, C. K.).

Unterstützung entweder nur von Vertretern wie Graebe oder sogar von konservativ-polonophoben bzw. nationalsozialistischen Organisationen erfreut haben. Graebe selbst macht aus seiner Nähe zu den Nationalsozialisten gar keinen Hehl. Im Gegenteil sandte er gleichlautende Briefe auch an Göring und veranlaßte dadurch eine grundsätzliche Diskussion über das weitere Schicksal des UWI. Er verherrlichte die OUN-Mitglieder als „ukrainische Nationalsozialisten“ und setzte offenbar einigen Vertretern des Reichswehrministeriums den Gedanken ins Ohr, den ukrainischen Studenten der OUN „durch Vermittlung der Abwehrabteilung eine militärische Führerschulung in besonders für sie eingerichteten Kursen“ angeeignet zu lassen⁷⁶. – Ob diese Kurse vom UWI vermittelt werden sollten, darüber äußerte er sich freilich nicht.

Als wie bedeutend das UWI seinerzeit von Teilen der Nationalsozialisten angesehen wurde, zeigt der vom Preußischen Kultusministerium und von der OUN eingeleitete und später sowohl vom Auswärtigen Amt als auch vom Reichswehrministerium prinzipiell gebilligte „Gleichschaltungsversuch“ vom 9. Mai 1933. In Anbetracht der Tatsache, daß bisher alle Übernahmeversuche seitens der OUN am Förderverein und am Kuratorium des Instituts gescheitert waren, verlangten Riko Jaryj und ein Vertreter des Ministeriums (von Leers) am 8. Mai 1933 die kurzfristige Anberaumung einer Kuratoriumssitzung. Auf ihr erschienen sie dann mit einer offenbar stattlichen Anzahl von Gefolgsleuten. Jaryj stellte sich den verdutzten Kuratoriumsmitgliedern als eingetragenes Mitglied des Fördervereins vor und verlangte sowohl die Aufnahme seiner Gefolgsleute als auch eine Neuwahl des Vorstandes; von Leers unterstrich als Vertreter des Kultusministeriums seinerseits die Notwendigkeit von Reformen, behauptete den Anwesenden gegenüber, das Kultusministerium sei der maßgebliche Finanzier des Instituts, und leitete daraus Mitspracherechte bei der Besetzung des Vorstandes ab⁷⁷. Was auf der Sitzung weiterhin vorfiel, ist leider nicht belegt. Offenbar ließ sich Jaryj tatsächlich zum Vorsitzenden des Kuratoriums wählen⁷⁸, wurde aber des Protests zumindest eines Teiles der Kuratoriumsmitglieder gewahr. Diese schalteten nun das Außenpolitische Amt der NSDAP ein, dessen Leiter, Alfred Rosenberg, schon seit den zwanziger Jahren Kontakte zu einzelnen Instituts- und Vereinsmitgliedern unterhielt⁷⁹. Das Außenpolitische Amt vereitelte daraufhin zwar den Gleichschaltungsversuch, schaltete sich aber zunächst nicht direkt in die weiteren Verhandlungen über die Zukunft des Instituts ein⁸⁰.

⁷⁶ Ebenda E 465154ff.

⁷⁷ Dies geht sowohl aus einem Brief hervor, den Skoropys noch am Tage des Handstreiches (9. 5. 1933) an v. Leers richtete (BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845), als auch aus einem Schreiben des eigentlichen Kuratoriumsvorsitzenden, Wilhelm Groener, an Skoropys vom 15. 5. 1933 (ebenda).

⁷⁸ Laut KAMENEČKYJ *Ukrainške pytannja* S. 867 soll er tatsächlich einige Zeit als Kurator aufgetreten sein. Groener leugnete wohl gerade deshalb auch den Charakter der Sitzung als ordentliche Kuratoriumssitzung (Brief an Skoropys vom 15. 5. 1933, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845: „Die Besprechung am 9. Mai kann nicht als Sitzung des Kuratoriums betrachtet werden“).

⁷⁹ Siehe den Brief Skoropys an Schickedanz, Außenpolitisches Amt der NSDAP, vom 9. 5. 1933, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845 (S. 1: „Es wird gebeten, an dem Bestand des Kuratoriums und des Professorenkollegiums nicht zu rütteln“), sowie die Ermächtigung Groeners an Skoropys, sich mit dem Amt in Verbindung zu setzen, in seinem Brief vom 15. 5. 1933, ebenda. – Zu den Kontakten Rosenbergs zur Skorpadsčyj-Gruppe siehe TORZECKI *Kwestia ukraińska* S. 112.

⁸⁰ Zur Vereitelung des Handstreiches durch das Außenpolitische Amt der NSDAP siehe PA Bonn, Nr. 120/2, E 465172 (Aufzeichnung v. Bülow's über ein Gespräch mit dem Vertreter der Abwehr des

Das Scheitern des von OUN und Kultusministerium geführten Handstreiches änderte nichts an dem Willen der Ministerien, das Institut im angebrochenen neuen Zeitalter auch einer neuen Funktion zuzuführen, die in ihrem Sinne nicht mehr wissenschaftlich sein konnte. Ein Papier, das sowohl einzelne Sondierungsgespräche als auch die Verhandlungen vom 12. Juli 1933 zwischen Preußischem Kultusministerium, Auswärtigem Amt und Reichswehrministerium zusammenfaßt, fordert den Rücktritt des gesamten Kuratoriums und dessen Ersetzung durch eine „rein kulturelle, apolitische und überparteiliche Leitung“. Diese „unpolitische“ Leitung schien den Verantwortlichen ausgerechnet von Zenon Kuzelja am besten gewährleistet, zumal dieser ohnehin bereits des öfteren als Garant der inhaltlichen Verlagerung der Institutsarbeit auf „praktische Fächer“ (Nationalökonomie, Landwirtschaft und Chemie) im Gespräch gewesen war. Alle künftigen Professorenberufungen sollten nur noch unter Beteiligung sowohl des Auswärtigen Amtes als auch des Reichswehrministeriums vorgenommen werden, wobei dem Kultusministerium lediglich die Aufgabe zufiel, als offizieller Träger des Instituts aufzutreten, um das Auswärtige Amt politisch zu entlasten und die Verwaltung der Gelder zu übernehmen⁸¹.

Diese Pläne spiegeln im wesentlichen jene politischen Ziele wider, die der „Gleichschaltungsversuch“ vom Mai 1933 eigentlich intendiert hatte, nur daß die Rolle des Preußischen Kultusministeriums darin letztlich schwächer ausfiel. Es war sowohl die Übergabe des Instituts in die Hände der antipolitischen OUN als auch die Säuberung von Verein und Kuratorium von den ungeliebten Relikten der Weimarer Republik vorgesehen. Daß dem Kultusministerium keine größere Rolle in der Institutsarbeit beschieden war, obwohl es doch auch für die wissenschaftlichen Einrichtungen und Universitäten Preußens verantwortlich war, ist als besonders markant hervorzuheben. Offenbar sind hier die Interessen des Reichswehrministeriums stärker zur Geltung gebracht worden, das eigentlich niemals ein ernsthaftes Interesse an einem wissenschaftlich arbeitenden Institut artikuliert hatte. Es sprach nachhaltig immer nur vom Nutzen, den die Kampfverbände der OUN für das Deutsche Reich haben würden, sowie von der möglichen „wertvolle[n] Unterstützung durch dieses Freikorps für den Kriegsfall gegen Polen“. Des weiteren sollten – in Übereinstimmung wohl mit dem Auswärtigen Amt – antirussische

Reichswehrministeriums, Patzig, vom 10. 7. 1933): „Eine Bestätigung des antirussischen Kurses Sk[oropadský]s sind seine engen Beziehungen zu dem Baltenkreis um Rosenberg. Erst kürzlich ist von Seiten des Außenpolit. Amtes eine Einflußnahme zu Gunsten Skoropadski's und seiner Freunde im Ukr. Institut erfolgt, als das Preuß. Kultusmin. den Versuch unternahm, das Institut gleichzuschalten.“ – An den im Juli 1933 stattfindenden Beratungen zwischen AA, preußischem Kultusministerium und Reichswehrministerium nahm das Außenpolitische Amt nicht teil. Es erreichte aber auf inoffiziellen Wegen, daß die dort geschmiedeten Pläne nicht umgesetzt wurden. Zu den Beratungen und ihren Ergebnissen siehe PA Bonn, Nr. 120/2, E 465157–E 465159 (Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Vertreter des AA und Ministerialdirektor Gerullis vom Kultusministerium vom 12. 7. 1933) und E 465172–E 465174 (Aufzeichnung v. Bülow's über ein Gespräch mit dem Vertreter der Abwehr des Reichswehrministeriums, Patzig, vom 10. 7. 1933).

⁸¹ PA Bonn, Nr. 120/2, E 465159. – Kurios ist das Votum des von Gerullis vertretenen Erziehungsministeriums, wonach „sämtliche massgebliche Slawisten in das Kuratorium“ berufen werden sollten. Ihnen solle „allerdings in geeigneter Form mitgeteilt [werden] ... , dass sie sich wissenschaftlicher Betätigung enthalten sollen“, ebenda E 465157–E 465158 (Aufzeichnung Windeckers vom 12. 7. 1933; Hervorhebung durch C. K.). Gerullis meinte wohl eher, die deutschen Slawisten sollten sich jeglicher politischen Betätigung enthalten – oder etwa nicht?

Exzesse verhindert werden, die die Beziehungen zur Sowjetunion zu belasten drohten⁸². Daß dem Institut dadurch im Prinzip keine Rolle mehr als Wissenschaftsinstitution eingeräumt wurde, scheint ein Vorgriff auf sein Schicksal nach 1939 zu sein.

Bezeichnenderweise sind die Juli-Pläne der drei Ministerien niemals in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Sie scheiterten wiederum am Widerstand des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, das umgekehrt eine antirussische Haltung einnahm und sowohl über den Leiter Alfred Rosenberg als auch über den Chef der Dienststelle Osten, Georg Leibbrandt, Kontakte zum Institut pflegte⁸³. Eine neuerliche Unterredung über das Schicksal des Instituts, dieses Mal unter Beteiligung des Außenpolitischen Amtes, kam am 15. Dezember 1933 zu wesentlich moderateren Ergebnissen, was die „Gleichschaltungsproblematik“ betrifft. Sie sah im Ergebnis vor, weder das Kuratorium abzusetzen noch inhaltliche Veränderungen vorzunehmen. Statt, wie vor allem das Reichwehrministerium angesichts der gescheiterten Übernahme jetzt forderte, das Institut vollends aufzulösen, wurde dem Preußischen Kultusministerium vorgeschlagen, es „in das Orientalische Seminar einzugliedern und dem Leiter jegliche politische Betätigung zu untersagen“⁸⁴.

Über die Unterredung liegt ein Bericht Leibbrandts an Rosenberg vor, der ausgiebig über die von dieser Seite vertretene Linie und ihre Konkurrenz zur Reichswehr und zum Auswärtigen Amt Zeugnis ablegt. Neben der unverhohlenen Abneigung Leibbrandts gegen die Vertreter der OUN und deren Unterstützung durch das Reichwehrministerium stellt er am Ende seines Berichts fest, daß man bei den Vertretern der Reichswehr „... im Ganzen ... ein tieferes Verständnis für die aussenpolitischen Fragen des Ostens und besonders für die ukrainische Frage“ vermisste. „Wenn sie von der Ukraine sprachen, so dachten sie nur an Galizien und Polen und haben über andere Zusammenhänge keine tiefere Kenntnis verraten ... Die Beurteilung der Verhältnisse beruht auf einer völligen Verkennung der Tatsachen, auf einer einseitigen Information und auf einer falschen Einschätzung der Bedeutung der groß-ukrainischen Bewegung.“⁸⁵

Ob sich Leibbrandt mit diesem Statement für Skoropadskyj aussprach, kann bezweifelt werden, obwohl die Mitarbeiter des Instituts, vor allem Ivan Mirčuk, das Einschreiten des Außenpolitischen Amtes durchaus in dieser Richtung interpretierten. Er und Skoropys entwickelten im darauffolgenden Jahr einen „Reorganisationsplan“ für das Institut, der völlig auf die Sicherungsfunktion des Außenpolitischen Amtes abgestellt war. Das Kuratorium des Vereins sollte demnach neben zwei von der ukrainischen Gemeinde (Ukrainśka hromada) und der Studentenschaft gewählten Mitgliedern aus einem wissenschaftlichen Leiter, einem Verwaltungsleiter sowie dem Kuratoriumsvorsitzenden bestehen. Während der wissenschaftliche Leiter vom Erziehungsministerium und der Verwaltungsleiter vom Außenpolitischen Amt zu benennen waren, hatten beide Behörden einvernehmlich die Besetzung des Kuratoriumsvorsitzenden zu bestimmen. Auf diese Weise

⁸² PA Bonn, Nr. 120/2, E 465173, Aufzeichnung über Gespräch v. Bülow's mit Patzig, Abwehr des Reichwehrministeriums, im AA vom 10. 7. 1933.

⁸³ Bereits am 25. 10. 1932 hatte zum Beispiel Ivan Mirčuk, der im Außenpolitischen Amt als der maßgebliche Vertreter des Instituts angesehen wurde, bei Rosenberg in Sachen des Instituts vorgesprochen, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845, Passierschein Mirčuks.

⁸⁴ So der Bericht Windeckers, AA, von der Unterredung am 12. 12. 1933, PA Bonn, Nr. 120/3,4, E 465252; vgl. aber den Bericht Leibbrandts über denselben Gegenstand, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845 (Aktennotiz für Herrn Rosenberg vom 15. 12. 1933).

⁸⁵ Ebenda.

glaubte man wohl, den Einfluß beider Dienststellen auf das Institut zu sichern und gleichzeitig dem Außenpolitischen Amt eine so große Rolle eingeräumt zu haben, daß Handstreich wie der von 1933 unmöglich würden⁸⁶. Die Autoren dieses Papiers mußten freilich schon sehr bald feststellen, daß von einer offenen Protektion der Skoropadskyj-Linie durch das Amt Osten keine Rede sein konnte⁸⁷. Die Generallinie Rosenbergs und Leibbrandts lehnte lediglich die Beherrschung des Instituts durch eine einzige exilukrainische Partei bzw. durch eine deutsche Dienststelle ab und favorisierte dagegen eine flexible Politik hinsichtlich des Instituts, um es je nach Bedarf zu lenken. Nur weil der Handstreich 1933 von der OUN und dem Reichswehrministerium ausgegangen war, hatte man sich für die Erhaltung des Instituts in der überkommenen Form ausgesprochen. In den folgenden Jahren änderte dies aber nichts an der kritischen Haltung des Außenpolitischen Amtes der Skoropadskyj-Partei gegenüber. „Eine derartige Bindung unsererseits [an die Skoropadskyj-Partei, C. K.] ist sowohl taktisch als auch politisch durchaus überflüssig und u. Umständen unzweckmäßig.“⁸⁸ Später wurde man noch deutlicher und stellte fest, es könne „für uns deutscherseits ... nicht das geringste Interesse bestehen, dass sich irgendeine politische Gruppe der Ukrainer im Institut einnistet“⁸⁹. Immerhin nahm man mit der Erhaltung des Instituts im Dezember 1933 durchaus jenen Kurs vor-

⁸⁶ BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845, Reorganisationsprojekte des Instituts vom 1. 7. 1934 (einschließlich schematischem Aufriß) und „Erklärungen zum Projekt“ (ukrainisch). In letzterem Dokument votierten Skoropys und Mirčuk u. a. für eine Organisationsstruktur des Instituts, die dem Führerprinzip folgen sollte. Unter Punkt 5 stellten sie fest, daß der Kuratoriumsvorsitzende „Entscheidungen nach der Anhörung aller Kuratoriumsmitglieder selbst fällt (... jakyš sam pryjmaje rišennja pislja vslychannja vsich členiv kuratorii)“.

⁸⁷ So forderte Leibbrandt am 14. 2. 1935 bei Ivan Mirčuk eine Denkschrift über die damalige Diskussion um die Skoropadskyj-Partei in den exilukrainischen Zeitungen an. Ausdrücklich unterstrich er, daß dem Außenpolitischen Amt an einer „kurzen und knappen Darstellung“ gelegen sei. Die daraufhin von Mirčuk zugesandte zehnteilige Denkschrift war aber so langatmig, tendenziös und sich den Nationalsozialisten anbiedernd, daß sich Leibbrandt am 7. 3. 1935 erneut an Mirčuk wandte und feststellte, er habe wohl „unsere Bitte um eine sachliche Darstellung übersehen“. Er sende in der Anlage die „doch etwas zu tendenziöse Erwiderung, die für unsere sachliche Arbeit wenig geeignet ist“, zurück und werde sich mit der Bitte um eine sachliche Darstellung nunmehr doch „an eine andere osteuropäische Stelle wenden“ (alle Akten in BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845).

⁸⁸ Ebenda, Aktennotiz Leibbrandts vom 8. 10. 1934. Leibbrandt reagierte hiermit auch auf weitere „Reorganisationsprojekte“ Mirčuks und Skoropys' vom 1. 10. 1934 (ebenda), in denen diese nochmals deutlich gegen Jaryj Stellung bezogen und ein stärkeres Engagement des Außenpolitischen Amtes gefordert hatten. Die Darstellung der Geschichte des Instituts war in den Papieren aber so verzerrt und z. T. verfälscht, daß Leibbrandt sich in einer besonderen Aktennotiz vom 8. 10. 1934 (ebenda) äußerst ungehalten über die Pläne äußerte. – Diese Feststellungen bedeuten im übrigen nicht, daß die Kontakte zwischen der Dienststelle Rosenberg und Skoropadskyj vollends abgebrochen wurden. Im Gegenteil vermittelte sie dem Het'man in diesem Jahr auf sehr undurchsichtigen Wegen mehrere Bankkredite für unterschiedliche Zwecke, BA Potsdam, 62 Di 1, NSDAP – Dienststelle Rosenberg, Außenpolitisches Amt, Nr. 194, Bl. 30–31 (Aktennotiz Schickedanz' vom 29. 8. 1934 betr. einen Kredit über 25 000,- RM bei der Arbeiterbank); ebenda Bl. 42 (Aktennotiz Schickedanz' vom 12. 3. 1934, betr. dasselbe Geschäft über die Reichsbank); Bl. 44–45 (Aktennotiz Schickedanz' vom 5. 3. 1934 betr. Kredite/Spenden für Skoropadskyj vom Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. [6000,- RM] und eine gescheiterte Kreditaufnahme bei der Dresdner Bank über 50 000,- RM), und andere Papiere.

⁸⁹ Ebenda, Aktennotiz über ein Gespräch zwischen Dürksen, Außenpolitisches Amt, und Scurla/v. Mende, Reichserziehungsministerium, vom 26. 6. 1936, S. 3.

weg, den das Dritte Reich nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages im Jahre 1934 für einige Jahre einschlagen sollte. Ausgehend von einem guten Einvernehmen mit dem polnischen Staat fanden nunmehr gerade jene Kräfte Unterstützung, die dieses Einvernehmen zumindest nicht störten. Dies bedeutet zwar nicht das Ende der Auseinandersetzungen um die Aufgaben und den Bestand, wohl aber das Ende der von OUN und Reichswehrministerium vorgetragenen Attacken gegen das Institut⁹⁰.

Gescheiterte Integrationsversuche

Mit der Intervention des Außenpolitischen Amtes der NSDAP zugunsten des Instituts stellte sich ein weiteres Mal die Frage nach dessen Verbleib. Da man im Dezember 1933 übereingekommen war, dem Preußischen Kultusministerium die Zuständigkeit aufzuerlegen, führte dieser Schritt zur Wiederaufnahme eines bereits im Jahre 1932 formulierten Konzeptes, das die Eingliederung des UWI in das Orientalische Seminar der Friedrich-Wilhelms-Universität vorsah. Schließlich hatte man seinerzeit bereits Vorkehrungen dazu getroffen, ohne sie jedoch umzusetzen⁹¹. In seiner Grundkonzeption war dieser Plan jedoch sehr widersprüchlich: Da das Institut vor allem durch den Fortgang Dorošenkos und Zalozečkyjs seine Hauptverfechter für eine wissenschaftliche Arbeit verloren hatte, stand der seit 1932 eingeschlagene Weg einer stärkeren Betonung praktischer Fächer, der Popularisierung ukrainischer Themen und schließlich auch derjenige der Dienstleistung und Informationsvermittlung, wie er im Tätigkeitsbericht für das Jahr 1932/1933 hervorgehoben wurde, einer Eingliederung in die Universität entgegen⁹². Einzig die stärkere Heranziehung deutscher Wissenschaftler kam dem Plan einer Verwissenschaftlichung der Institutsarbeit entgegen, zumal man sich wohl auch den Abbau von Ressentiments erhoffte, wie sie in der deutschen Professorenschaft dem Institut gegenüber gehegt wurden. Da die deutschen Lehrkräfte aber höchstens zu Gastdozenturen herangezogen wurden, änderte sich dadurch noch nichts an dem ausschließlich aus Ukrainern bestehenden Lehr-

⁹⁰ Zu den deutsch-ukrainischen Beziehungen in der Zeit 1934–1938 allgemein siehe TORZECKI *Kwestia ukraińska* S. 131 ff. Zum „Zurückpfeifen“ des Reichswehrministeriums hinsichtlich seines OUN-Engagements siehe: HANS ROOS *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939*. 2. Aufl. Tübingen 1965, S. 152 (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik. Band 7). – Die Auseinandersetzungen unter den ukrainischen Exilgruppierungen verlagerten sich daraufhin ins Ausland oder fanden jedenfalls keine große Publizität. Eine Aktennotiz Schickedanz' vom 25. 8. 1934 etwa meldete, daß Mirčuk bei einem Aufenthalt in Prag „von einigen jungen Studenten, die zur Jary-Konowalez-Organisation gehören, überfallen und auf der Straße verhauen“ worden sei. Auch die Kuratoriumssitzungen verliefen nicht immer gewaltlos, BA Potsdam, 62 Di 1 NSDAP – Dienststelle Rosenberg, Außenpolitisches Amt, Nr. 186, Bl. 69ff.

⁹¹ PA Bonn, Nr. 120/2, K 034155–K 034157 (Vermerk Windeckers vom 19. 11. 1932); BA Potsdam, 15.01 Reichsministerium des Inneren, Nr. 26765, Bl. 123–126, vor allem Bl. 125 (Brief des Kuratoriumsvorsitzenden Frisch an Pellengahr, Reichsinnenministerium, vom 22. 6. 1932): „Es ist in seiner Eigenart eine wertvolle Ergänzung des Orientalischen Seminars, wie Herr Professor Palme wiederholt bestätigt hat.“

⁹² Der Tätigkeitsbericht 1932/1933, S. 1, sieht die Hauptaufgaben des Instituts in folgenden Punkten zusammengefaßt: „1. Fortführung und Organisierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit. 2. Pädagogische Tätigkeit. 3. Wissenschaftliche Aufklärung und Information.“

körper des Instituts, und der wurde von der Universität als das Haupthindernis für die Integration betrachtet.

Ogleich der aus den Jahren 1931/1932 stammende „praktische Anstrich“ nunmehr wieder zugunsten einer mehr wissenschaftlichen Tätigkeit zurückgenommen wurde⁹³, fristete das Institut wegen seines besonderen Rechtsstatus und wegen dessen Unvereinbarkeit mit dem deutschen Wissenschaftssystem ein relativ isoliertes Leben. Man schlug sich mit Dienstleistungen durch, schrieb nun auch Berichte für einzelne Ministerien und Dienststellen, weitete die Tätigkeiten – vor allem durch die Anwesenheit Zenon Kuzeljas – aus, indem man ein Presse- und Informationsbüro errichtete, und öffnete die ständig wachsende Bibliothek der Öffentlichkeit⁹⁴.

Die Zusammenarbeit mit dem Orientalischen Seminar war hingegen noch lange oberflächlich. Eine organisatorische Verbindung mit diesem konnte wegen der nach wie vor störend wirkenden Zuständigkeit des Vereins für das Institut ohnedies erst 1935 über die Wahl des Seminarleiters des Orientalischen Seminars, Anton Palme, zum Kurator des UWI hergestellt werden⁹⁵. Bis dahin war der Beitrag, den das UWI für die Universität leistete, eher gering; lediglich Zenon Kuzelja als Einzelperson hatte offiziell Kurse zur ukrainischen Sprache und zur Landeskunde angeboten, die erstmals 1932 auch in das Vorlesungsverzeichnis der Friedrich-Wilhelms-Universität aufgenommen worden waren. Von Kursen mit wissenschaftlichen Themen zur Ukrainistik ist sonst nicht die Rede. Die Kurse und Seminare, die nur in den Tätigkeitsberichten, nicht aber in den Vorlesungsverzeichnissen der Universität erwähnt werden, fanden zwar in den Räumlichkeiten der Universität statt, galten aber dennoch explizit als Institutsveranstaltungen⁹⁶. So kann man allenfalls von einer Personalunion zwischen dem Orientalischen Seminar und dem UWI sprechen; sie bestand darin, daß sich einzelne Mitglieder zu Lehrveranstaltungen in der Universität bereit fanden und umgekehrt der Leiter des Orientalischen Seminars als Kurator des Instituts auftrat⁹⁷.

Von einer auch organisatorisch vollzogenen Einbindung des Instituts in die Universität ist hingegen nie die Rede. Immerhin forcierte Palme nach seiner Wahl die Lehrtätigkeit der Institutsmitglieder und scheint maßgeblich dafür gesorgt zu haben, daß die Zahl der Semestervorlesungen gegenüber den Einzelvorträgen stark anstieg⁹⁸. Typisch für ihn ist

⁹³ So eine Aktennotiz Dürksens im Außenpolitischen Amt der NSDAP vom 26. 6. 1936, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845, S. 1.

⁹⁴ Das Presse- und Informationsbüro des Instituts scheint weitgehend aus dem „Ukrainischen Pressebüro“ bzw. aus dem „Verband ausländischer Pressevertreter e. V.“ hervorgegangen zu sein, dem Zenon Kuzelja schon Ende der zwanziger Jahre vorstand, TORZECKI *Kwestia ukraińska* S. 116; MORYL *The Turn to the Right* S. 124. Offenbar hat er es als Apanage mit in das Institut einbringen und dort verankern können, jedenfalls war zuvor von einem Presse- und Informationsbüro in den Tätigkeitsberichten des Instituts nie die Rede. – Zur Öffnung der Bibliothek siehe: Tätigkeitsbericht 1932/1933, S. 5; Anfang 1934 bezog das Institut das Marstallgebäude in der Französischen Straße, wo es auch größere Bibliotheksräumlichkeiten in Besitz nehmen konnte, Tätigkeitsbericht 1933/1934, S. 2.

⁹⁵ Der Hinweis MIRCUKS *Ukraïnskyj Naukovyj Instytut* S. 88, wonach das Institut 1932 zu einer staatlichen Institution geworden sei, ließe vermuten, daß das Kuratorium abgeschafft worden sei. Dem ist aber – wie die Wahl Palmes belegt – längst nicht so gewesen.

⁹⁶ Siehe „Verzeichnis der Vorlesungen“ für die entsprechenden Semester.

⁹⁷ Die Wahl Palmes meldet der Tätigkeitsbericht 1934/1935, S. 1.

⁹⁸ Ebenda. – Semestervorlesungen werden zwar schon im Tätigkeitsbericht 1933/1934, S. 1, genannt, doch erscheinen damals nur vier, während 1934/1935 insgesamt zehn Vorlesungen und darüber hinaus noch zwei Seminare von Zenon Kuzelja gemeldet werden.

auch, daß sich die Veranstaltungsthemen nun mehr der modernen Zeit und der Gegenwart zuwandten, galt ihm die Leitung des UWI doch als ein weiterer Meilenstein zum Erreichen seines alten Traumes von der Gründung einer Auslandshochschule⁹⁹. Diesem Ziel zuliebe wurde der wissenschaftliche Charakter des Instituts nun wieder hervorgehoben und mit der Heranziehung von neuen Mitarbeitern (Borys Krupnyčkyj, R. Dymiškyj und Viktor Leontovyč) mit z.T. deutscher akademischer Ausbildung sogar universitär geprägt. Um so mehr erstaunt es, daß die meisten Lehrveranstaltungen, obgleich sie in deutscher Sprache abgehalten wurden, von der Universität ignoriert und nicht in das Vorlesungsverzeichnis aufgenommen wurden. Die Lehrveranstaltungen fanden zum überwiegenden Teil in den Räumen des Instituts statt, wo sie wohl nur einen kleineren Hörerkreis erreichten.

Neben der Problematik, daß es offensichtlich schwerfiel, den besonderen Rechtsstatus des Trägervereins zu durchbrechen, scheint es auch am Willen gemangelt zu haben, das Institut in die Universität zu integrieren. Im Gegenteil wiederholte man mit Vorliebe die alten Ressentiments, wonach das Institut ein „Tummelplatz innerukrainischer Auseinandersetzungen“ sei. Von seiten des Kultusministeriums wurde darüber hinaus bemängelt, daß es sich bei den Mitgliedern nicht um Reichsdeutsche handelte. Diese und weitere, als unüberwindbar empfundene Barrieren führten 1936 zu einer neuerlichen Gesprächsrunde zwischen dem Reichserziehungsministerium, das seit 1935 anstelle des Auswärtigen Amtes für das Institut und seine finanzielle Absicherung zuständig war, und dem Außenpolitischen Amt der NSDAP über eine Reform¹⁰⁰. Zweck der Gespräche war die geplante Gründung einer (nationalsozialistisch geprägten) Auslandshochschule. Sie sollte sowohl die Hochburgen der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, vor allem die 1933 dem Goebbels-Ministerium unterstellte „Hochschule für Politik“, als auch zahlreiche andere Regionalinstitute zusammenfassen und den Kern einer nationenwissenschaftlich orientierten „Reichshochschule“ bilden¹⁰¹.

⁹⁹ PALME war bereits 1914 mit einer Schrift „Die Deutsche Auslandshochschule und das nationenwissenschaftliche Studium des Auslandes“ (Berlin 1914) an die Öffentlichkeit getreten, in der er die Gründung einer zentralen Hochschule in Berlin forderte. Wie er in einer Neuauflage seiner Denkschrift, die unter dem Titel „Die Deutsche Auslandshochschule. Vorläufige Denkschrift für das Reichsministerium des Inneren“ (Berlin 1920) erschien, wiederholt, sollte sich die Hochschule mit den Nationen der Welt, ihren „jetzigen lebenden Sprache[n] und ihre[n] gegenwärtigen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse[n]“ beschäftigen (S. 6). Das Konzept sah ferner vor, daß „jede Nation möglichst durch ein besonderes Institut vertreten sein soll“ (S. 16). Vorgesehen war auch schon zu diesem Zeitpunkt eine Beteiligung der Ukraine, freilich im Rahmen eines „Russisch-ukrainischen Instituts“ (ebenda). Palmes Orientalisches Institut war im übrigen schon 1932 (siehe oben) als Auffangbecken des UWI im Gespräch gewesen.

¹⁰⁰ Siehe die Aktennotiz Dürksens von einem Gespräch mit Scurla und v. Mende, Reichskultusministerium, vom 26. 6. 1936, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845.

¹⁰¹ Zur Gründungsgeschichte der „Auslandswissenschaftlichen Fakultät“ siehe den tendenziösen, aber insgesamt informationsreichen Aufsatz von ERICH SIEBERT Entstehung und Struktur der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin (1940 bis 1945), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 15 (1966) H. 1, S. 19–34. Es ist ein Charakteristikum der Forschung in der ehemaligen DDR, daß sie „ukrainische Themen“ entweder marginalisiert bzw. vollkommen ignoriert oder sie – ganz im Gegensatz dazu – als krasse Beispiele eines „weißen Revisionismus“ oder faschistischer Tendenzen hingestellt hat. – Die Gründung des Auslandswissenschaftlichen Instituts ging auf eine (neuerliche) Denkschrift Palmes zurück, die er im April 1935 dem Wissenschaftsministerium zukommen ließ, BA Pots-

Die Statements des zuständigen Gebietsleiters im Erziehungsministerium, Scuria, fallen in dieser Verhandlungsrunde alles andere als positiv für das UWI aus. Er beklagte die politische Einseitigkeit des Instituts und seiner Mitglieder, bedauerte das Fehlen von Arbeiten, die „vom deutschen Standpunkte aus gemacht würden“, und beteuerte schließlich, daß ihm das Institut das „unangenehmste Sachgebiet“ von allen sei. Vor einer Eingliederung in die Auslandshochschule, für die der Palme-Schüler von Mende zugegen war, mußten nicht nur die Zielsetzungen sowie Arbeitsweise, Struktur und die personelle Zusammensetzung des Instituts geprüft werden, sondern „vor allem jemand für die politische Aufsicht über das Institut und auch deutsche Lehrkräfte“ gefunden werden. Im Hintergrund der Beratungen stand demnach der Gedanke, die 1933 verfehlt „Gleichschaltung“ nun doch noch zu realisieren, aus dem Institut ein willfähiges Instrument der deutschen Politik zu machen und es vor allem langfristig personell zu germanisieren. Vor allem aber war man sich einig darüber, daß es noch weiterer Ermittlungen bedürfe, bevor „die Aktion dann schlagartig einsetzen könne“¹⁰².

Um welche Art von „Aktion“ es sich handeln sollte, geht aus dem Papier nicht hervor. Eine anschließende „Evaluation“ erbrachte aber insgesamt ein besseres Bild des Instituts. So stellte ein Begehungsprotokoll lediglich fest, welche Bilder über Mirčuks Schreibtisch hingen (es waren die Portraits Chmel'nyčkyjs, Mazepas und Skoropadskyjs)¹⁰³, die Befragung von (SA-)Studenten, die im Studentenwohnheim gewohnt hatten, verlief ebenfalls zufriedenstellend, was die angeblich einseitige Bindung des Instituts an die Skoropadskyj-Gruppe betraf¹⁰⁴, und schließlich stellte von Mende in einem weiteren Gespräch

dam, 49.01 Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Nr. 1247, Bl. 70–84. Daß die in demselben Jahr erfolgte Wahl Palmes zum Kuratoriumsvorsitzenden des Instituts im Zusammenhang mit der Abfassung seiner Denkschrift stand, ist nicht belegt, aber doch sehr wahrscheinlich.

¹⁰² Aktennotiz Dürksens vom 26. 6. 1936, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845, passim. – Von der Germanisierung wird in den Quellen zwar nur verklausuliert gesprochen (ebenda S. 4: „... dass die personelle Reorganisation des Instituts noch bei den jetzigen Finanzierungsverhandlungen berücksichtigt werden müsse ...“), sie ergibt sich aber aus dem später erhobenen Anspruch der Auslandshochschule, nur reichsdeutsche Lehrkräfte zu akzeptieren: K. H. PFEFFER Begriff und Methode der Auslandswissenschaften, in: Jahrbuch der Weltpolitik (1942) S. 884–896, hier S. 888. – Zunächst förderte man das Institut wohl ganz im Sinne der Rosenbergschen Linie der Unterstützung zentrifugaler Kräfte in der Sowjetunion.

¹⁰³ BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845: „Aktennotiz Dürksens, betr.: Besuch im U.W.I., Breitstrasse 36“, vom 27. 6. 1936.

¹⁰⁴ Ebenda, Aktennotiz Duschers vom 11. 7. 1936. Duscher stellte u. a. fest: „... wenn drei Studenten des Heims ... der hetmanischen Politik Sympathie entgegenbringen, so ist das nicht auf irgendwelchen Druck des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes zurückzuführen ... Im übrigen dürfte das Politisieren unter den ukrainischen Studenten in den letzten zwei Jahren in starkem Masse einer wirklich ernststen Arbeit für das Studium gewichen sein.“ – Daß es sich bei dem Befragten Duscher um einen SA-Studenten handelte, ist nicht belegt, doch hatte sich das Institut seit 1933 um möglichst enge Kontakte seiner Studenten mit dem „neuen Deutschland“ bemüht. Der Tätigkeitsbericht stellte seinerzeit fest: „Seit dem Ende des Wintersemesters 1933/34 befinden sich im Ukrainischen Studentenwohnheim in Adlershof als Mitbewohner 5 deutsche Kommilitonen, S.A.-Studenten, deren vornehmste Aufgabe darin besteht, den ukrainischen Studenten zum tieferen Verständnis jener Kulturgüter zu verhelfen, auf welcher die heutige Erziehung deutscher Jugend aufgebaut ist“, Tätigkeitsbericht 1933/1934, S. 4.

mit Dürksen fest, er sei „nicht davon überzeugt, daß die jetzige Leitung des U.W.I. tatsächlich eine eindeutige Hetman-Politik betreibe“¹⁰⁵.

Die im Anschluß an die Besprechung verfolgten Pläne rüttelten nicht mehr am Bestand des Instituts, sondern suchten nach Möglichkeiten, es zu einem möglichst ungefährlichen und lenkbaren Instrument zu machen. Da der Plan einer Eingliederung in die Auslandshochschule aus politischer Rücksichtnahme gegenüber Polen doch erst auf Eis gelegt wurde¹⁰⁶, ging es nur um die Begrenzung möglicher Schäden, die das Institut und seine Mitglieder politisch hätten anrichten können. Insofern legte man schon in der Juni-Besprechung besonderen Wert auf die Regelung, wie eine wirksame Kontrolle und politische Leitung gewährleistet werden könne. Im Gespräch für einen solchen „Aufsichtsposten“ war der Referent des Außenpolitischen Amtes, Dürksen¹⁰⁷. Ob es aber jemals zu seiner formellen Einsetzung gekommen ist, und wie die Tätigkeit einer solchen Aufsichtsperson konkret ausgesehen hat, darüber gibt es keinerlei Nachrichten.

Trotz der Gespräche ist es auch später nicht mehr zur Eingliederung des Instituts in die Auslandshochschule gekommen¹⁰⁸. Zwar gleicht der letzte überlieferte Tätigkeitsbericht des Instituts für den Zeitraum vom 1. Oktober 1935 bis zum 28. Februar 1937 unsinnigerweise seinen Berichtszeitraum ein weiteres Mal „dem in Deutschland üblichen Studienjahr“ an, auch wird darin noch einmal besonders die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen hervorgehoben¹⁰⁹, doch spricht nichts für eine offizielle Integration des Instituts in die Auslandshochschule. Der Motor dieses Unternehmens scheint doch allein Anton Palme gewesen zu sein, und nicht ohne Grund markiert der letzte Tätigkeitsbericht des UWI gleichzeitig auch das Ende der Zuständigkeit Palmes für das Institut. Nachdem er in den Ruhestand getreten war, bat er im Dezember 1937 auch um die Entbindung von seinen Funktionen als Kuratoriumsvorsitzender des UWI¹¹⁰.

¹⁰⁵ BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845: „Aktentnotiz Dürksens, betr.: Dr. von Mende“, vom 8. 7. 1936.

¹⁰⁶ Bereits die Besprechung Dürksens mit Scurla und v. Mende vom 26. 6. 1936 (S. 1, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845) hatte festgehalten, daß es Bedenken gebe, das Institut in die Auslandshochschule zu integrieren, bevor dort ein polnisches Institut errichtet sei.

¹⁰⁷ Ebenda S. 2. Die Anregung stammte offenbar von Leibbrandt.

¹⁰⁸ Max Vasmer, immerhin bis 1931 Mitglied des Kuratoriums, machte noch am 26. 2. 1938 gelegentlich einer Diskussion über die Möglichkeit einer Vereinigung von Auslandshochschule und Universität folgenden Vorschlag: „Ganz genau müsste auch entschieden werden, ob das mit der Auslandshochschule locker verknüpfte Ukrainische Institut in den Universitätsbetrieb einbezogen werden kann“, Archiv der Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät, Sign. 1537: Seminar für orientalische Sprachen, Bl. 61.

¹⁰⁹ Neben der Zusammenarbeit mit dem Osteuropäischen Seminar der Berliner Universität, verschiedenen Osteuropa-Instituten, Slawischen Seminaren und Geographischen Instituten werden in dem Bericht vor allem solche Institutionen genannt, die den Nationalsozialisten besonders nahe standen: so die Institute für Grenz- und Auslandsstudien (Berlin und Marburg), das Deutsche Institut für Auslandskunde (Münster), das Institut für Völkerkunde in Wien und schließlich auch Institutionen des faschistischen Italien, Tätigkeitsbericht 1935/1937, S. 7. – Gesondert aufgezählt wird im übrigen die Lehrtätigkeit Kuzeljas am Außenpolitischen Schulungshaus der NSDAP (S. 8).

¹¹⁰ Laut Findbuch des Archivs der Humboldt-Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Hochschule der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, Sign. 854, XIV a, sollen noch Tätigkeitsberichte des UWI bis ins Jahr 1941 vorliegen. – Ein abschließendes Urteil über die Beziehungen des Instituts zur Auslandswissenschaftlichen Hochschule ist ohne die Berücksichtigung der betreffenden Aktenbestände im BA Potsdam nicht möglich (Sign. 49.01 Reichsministerium für Wissenschaft, Erzie-

Das Institut als Dienstleistungsunternehmen

Im Rahmen der Verhandlungen über die Nachfolge Palmes war schon keine Rede mehr von einer Integration in die Auslandshochschule. Die Arbeit des Instituts sollte lediglich „unpolitisch“ bleiben, seine Funktionstüchtigkeit von einem Kurator gewährleistet werden, der „in erster Linie die Arbeiten des Instituts im Staatsauftrage laufend kontrollieren und leiten soll“¹¹¹. Die Einsetzung Hans Kochs (Breslau) wurde erwogen, aber abgelehnt, da die nun geforderte „wirksame“ Kontrolle wegen der großen Entfernung nicht zu realisieren war. Es ging demnach längst nicht mehr darum, nur einen Deutschen als Kuratoriumsvorsitzenden einzusetzen, der das Institut von Jahr zu Jahr zur Mäßigung aufrief; die Kontrolle sollte schon effektiv sein, ständig ausgeübt werden und schließlich auch politischer Art sein. Das Erziehungsministerium, das wieder mit dem Auswärtigen Amt zusammenarbeitete, schlug daraufhin den Berliner Pensionär Budding für den Posten vor und teilte das auch dem Außenpolitischen Amt mit. Bezeichnend an dem Vorgang der „Ernennung“ (von einer „Wahl“ war keine Rede mehr) ist, daß dies im Rahmen eines schriftlichen Umlaufverfahrens stattfand, an dem außer den bereits genannten drei Ministerien und Dienststellen auch der Reichsführer SS und Chef des Reichssicherheitshauptamtes teilnahm¹¹². Interessant an dem Schriftverkehr ist weiterhin, daß die wissenschaftlich-akademische Funktion des Instituts immer weniger eine Rolle spielte. Der Hinweis vom Dezember 1937, wonach die Hauptaufgabe des Kurators die Kontrolle von „Staatsauftragsarbeiten“ sei, weist eindeutig in eine Richtung: Das Institut sollte nur noch für wissenschaftliche Hilfstätigkeiten und Zuarbeiten (für unterschiedliche Dienststellen) herangezogen werden und im übrigen lediglich die Ausbildung ukrainischer Studenten überwachen¹¹³. Einer wissenschaftlichen Betätigung der Institutsmitglieder stand zwar auch weiterhin nichts im Wege, wie die Veröffentlichungen des

hung und Volksbildung, Nr. 1247 bis 1250, nr. 1250/1, 1269, u. a.); sie waren dem Autor dieses Beitrags leider nicht zugänglich.

¹¹¹ BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845: Brief Zschintzschs, Erziehungsministerium, an das Außenpolitische Amt der NSDAP vom 23. 12. 1937.

¹¹² BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845: Brief Zschintzschs, Erziehungsministerium, an Außenpolitisches Amt vom 2. 2. 1938 („Dringend!“). Ob die Einbeziehung des RSHA in das Auswahlverfahren für den künftigen Kuratoriumsvorsitzenden daraus resultiert, daß der Amtsleiter der Abteilung VII des RSHA, F. A. Six, später die Leitung auch des Auslandswissenschaftlichen Instituts übernahm, ist unklar. – NARIŽNYJ Ukraïnska Emigracija S. 210 nennt als Ende der Amtszeit Palmes den Ausgang des Jahres 1938. Dies würde bedeuten, daß sich die Dienststellen letztlich auf keinen Nachfolger hatten einigen können und Budding sein Amt niemals angetreten hat. Ähnliche Unsicherheiten in bezug auf die Benennung eines Kurators zeigt VOIGT Rußland in der dt. Geschichtsschreibung; S. 257, Anm. 77 bezeichnet er nämlich Mirčuk als Kurator, während er S. 395, Anm. 1 Georg Gerullis schon seit 1937 als letzten Kurator bestellt wissen will.

¹¹³ Dabei achtete man sorgsam darauf, daß auch die richtigen Studenten ausgewählt wurden; jetzt entschied der Kurator eigenverantwortlich über die Vergabe der Stipendien. Intendiert war eigentlich auch eine Kontrollfunktion der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, die jedoch nicht besonders wirksam gewesen zu sein scheint. Wahrscheinlich ist darüber hinaus, daß man die Studenten nach ihrer Nützlichkeit für die deutsche Politik auswählte. Als Auswahlkriterien dienten etwa die geographische Herkunft (West- oder Ost-Ukraine) und das religiöse Bekenntnis, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845: Brief Dürksens an Erziehungsministerium, vom 7. 4. 1938. Entsprechende Stipendiatenlisten des Instituts vom Oktober 1937 (47 Personen) und März 1938 (70 Personen!) befinden sich in derselben Akte.

Instituts zeigen, doch erfreute sie sich keiner besonderen Würdigung seitens der deutschen Ämter und taugte daher kaum als Argument für die Fortexistenz des Instituts. Ein ähnliches Urteil ist wohl auch hinsichtlich der akademischen Lehrtätigkeit zu fällen, denn das latente Mißtrauen gegenüber den ausschließlich ukrainischen Angehörigen des Instituts schränkte sehr bald auch hier die individuelle Bewegungsfreiheit Mirčuks und Kuzeljas ein. Sie boten nur bis zum 1. Trimester 1940 an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät thematische Lehrveranstaltungen an. Mirčuk trat danach nur noch als „Sprachlehrbeauftragter“ für die polnische Sprache in Erscheinung, während Kuzelja als ordentlicher Lektor offenbar fest bei der Universität angestellt war, aber ebenfalls nur noch Sprachkurse für Ukrainisch gab¹¹⁴.

Bereitete man zu Beginn des Jahres 1938 den endgültigen Zugriff noch vor, so kann spätestens seit März 1939 nicht mehr von einem eigenständigen wissenschaftlichen Institut gesprochen werden. Zu dieser Zeit trat nämlich eben jene Person als Kurator auf, die noch 1933 zusammen mit Riko Jaryj die „Gleichschaltung“ des UWI mitgeplant hatte: Georg Gerullis¹¹⁵. Er setzte das durch, was man im Kultusministerium beim UWI so schmerzlich vermißt hatte: Er kontrollierte die Arbeit politisch und koordinierte die Auftragsarbeiten, die jetzt zur überwiegenden Tätigkeit des Instituts wurden. Im Schriftverkehr, der ohnehin immer dürftiger wird, ist von keinen eigenen Lehrveranstaltungen mehr die Rede. Viel mehr Bedeutung erhielten die Informationsstellen und die Bibliothek sowie vor allem die Arbeitskraft der einzelnen Mitarbeiter. Regelmäßige Finanzzuwendungen erhielt das Institut ohnehin nur noch in geringem Umfang (1937: 20 000,- RM; 1939: 29 950,- RM¹¹⁶), so daß der Etat nur durch Auftragsarbeiten aufgestockt werden konnte.

In die Sparte der Dienstleistungen des Instituts gehören im wesentlichen alle kriegsbedingten Veröffentlichungen. Das bekannteste Beispiel, das 1943 erschienene „Ukrainisch-deutsche Wörterbuch“, ging aus einem Auftrag des Reichswehrministeriums im Jahre 1937 hervor¹¹⁷. Interessant daran ist – auch was das Erscheinungsbild des Instituts insgesamt angeht –, daß offiziell nicht das Institut damit beauftragt worden war, sondern Zenon Kuzelja persönlich, der erst später Jaroslav Rudnyčkyj zu den Arbeiten hinzu-

¹¹⁴ Siehe „Vorlesungsverzeichnis der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin, 2. Trimester 1940“, S. 28; Sommersemester 1942, S. 43; „Vorlesungsverzeichnis des Instituts für Sprachenkunde und Dolmetscherwesen am Auslandswissenschaftlichen Institut“, Wintersemester 1942/43, S. 15; Wintersemester 1943/44, S. 14; Sommersemester 1944, S. 14.

¹¹⁵ Erstmals tritt Gerullis am 5. 3. 1939 als Kurator des Instituts auf, und zwar in einem Brief (übrigens noch mit privatem Briefkopf) an Leibbrandt, Außenpolitisches Amt, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845. – VASYL KUBIJOVYČ Ukrainŭskij Naukovyj Instytut u Berlini, in: Encyklopedija Ukraїnoznavstva. Band 2, 9. Paris, New York 1980, S. 3433, geht fehl, wenn er Gerullis erst für das Jahr 1944 als Kurator nennt; ebenso offenbar VOIGT Rußland in der dt. Geschichtsschreibung S. 395, Anm. 1, der Gerullis bereits 1937 amtiert sieht.

¹¹⁶ Zur letzten Zahl siehe das bei VOIGT Rußland in der dt. Geschichtsschreibung S. 395 (Nr. 56) abgedruckte Schreiben an den Reichserziehungsminister vom 14. 7. 1939, in dem Gerullis eine Erhöhung des Etats um 5000,- RM auf 34 950,- RM fordert.

¹¹⁷ JAROSLAV B. RUDNYČKYJ Iz spohadiv pro Mychajla Dmytrovyča Antonovyča, in: Ukrainŭskij istoryk 26, č. 4 (104) (1989) S. 82–89 berichtet nicht nur vom Auftrag des Reichswehrministeriums zur Erstellung zunächst eines Fliegerwörterbuchs, sondern auch vom unmittelbaren Zusammenhang der Arbeiten mit Kriegsvorbereitungen.

zog¹¹⁸. Der im übrigen als „Geheim!“ klassifizierte Auftrag beschränkte sich zunächst auf ein Wörterbuch für Flieger und wurde dann entsprechend ausgeweitet. So erschienen zuerst das „Deutsche und ukrainische Militärwörterbuch“ (Berlin 1939), das „Deutsche und ukrainische Fliegerwörterbuch“ (Berlin 1938), dann 1940 ein „Deutsch-ukrainisches Taschenwörterbuch“ (mit weiteren drei Auflagen in den Jahren 1941 und 1942) und erst zum Schluß das bis vor kurzem einzige ukrainisch-deutsche Wörterbuch von 1943. Das Reichswehrministerium tat sich auch danach noch als Auftraggeber hervor. So erschien 1941 in zweiter Auflage eine vom Generalstab des Heeres herausgegebene Broschüre mit dem Titel „Militärgeographische Angaben über das europäische Rußland. Ukraine. Ortschaftsverzeichnis“, die – „nur für den Dienstgebrauch“ bestimmt – noch vor dem Überfall auf die Sowjetunion erschienen ist und an der nach Aussagen Kuzeljas natürlich auch Mitglieder des Instituts gearbeitet hatten¹¹⁹. Kuzelja selbst stellte bis 1942 zusammen mit dem Ökonomen Dymynskyj einen vom Luftwaffenführungsstab Ic/VIII herausgegebenen Band mit dem Titel „Die Ukraine“ zusammen¹²⁰. Das Außenpolitische Amt der NSDAP hatte schon 1938 zusammen mit dem Reichserziehungsministerium eine ethnographische Karte in Auftrag gegeben, an der vor allem der Geograph Kubijovyč beteiligt war¹²¹. Daß von seiten aller deutschen Ministerien großes Interesse an derartigen Arbeiten des Instituts bestand, darüber gibt ein Schreiben Gerullis' an den Reichserziehungsminister vom Juli 1939 Aufschluß. Gerullis forderte darin eine Aufstockung des Etats, weil die meisten Arbeiten „überstürzt“ begonnen worden seien und „weil die interessierten Ministerien des Reiches auf sie großen Wert legten“¹²².

Die Arbeit des Instituts bestand so nur noch aus Dienstleistungen. Da in den meisten Fällen vor allem Zenon Kuzelja federführend auftrat, muß man feststellen, daß die gerade von ihm vertretene Betonung „praktischer Fächer“ am Institut bis zur Vollkommenheit verwirklicht wurde. Wissenschaftliche Leistungen von Institutsmitarbeitern können zwar durchaus noch genannt werden, doch waren sie für die deutsche Politik gegenüber der Ukraine seit dem Beginn des Krieges nur noch von geringerem Wert. Die Wissenschaftler

¹¹⁸ Ebenda S. 84, wonach nur die Bearbeiter selbst (Rudnyčkyj und Antonovyč) sowie (wiederum) Kuzelja und V. Konovaleč in die Arbeiten eingeweiht gewesen seien. Der Zeitpunkt (1937) für den Beginn der Arbeiten am Wörterbuch geht u. a. daraus hervor, daß Rudnyčkyj schon im Jahre 1938 vom Abschluß des Manuskriptes spricht (ebenda). NARIŽNYJ Ukraїnska Emigracija S. 219 meldet die förmliche Einrichtung einer Sektion für Wörterbücher am Institut. KUZELJA Ukraїnoznavstvo S. 50 datiert deren Begründung auf das Jahr 1935 (!), was aber sehr fragwürdig ist, zumal es sonst keine Hinweise auf eine so frühe institutionelle Verankerung einer Wörterbuchsektion gibt. Kuzelja, der ja immerhin auch deren Leiter war, wollte mit Hinweisen dieser Art offenbar nur den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Wörterbuchprojekt und den deutschen Kriegsvorbereitungen verschleiern.

¹¹⁹ KUZELJA Ukraїnoznavstvo S. 52. Bei diesem Verzeichnis handelte es sich um eine trockene alphabetische Aufzählung ukrainischer Ortschaften, die aber vor allem deshalb „wertvoll“ war, weil sie in vereinzelt Ortschaften sogar die Zahl der jüdischen Einwohner nannte.

¹²⁰ Erschienen in Stuttgart 1942.

¹²¹ BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845: Gerullis an Leibbrandt vom 26. 4. 1939 (nebst Anlage), hierzu siehe auch KUZELJA Ukraїnoznavstvo S. 54. Zu weiteren Aktivitäten der Institutsmitglieder siehe die bewußt gedehnten, aber dennoch aufschlußreichen Formulierungen ebenda S. 51ff. In einigen wesentlichen Fakten beschönigt Kuzelja die Leistungen des Instituts, in den meisten Fällen aber dient dieser Aufsatz vor allem der Verschleierung und Verfälschung von Geschehnissen und Verantwortungen.

¹²² VOIGT Rußland in der dt. Geschichtsschreibung S. 395, Dokument Nr. 56.

konnten sich materiell nur absichern, wenn sie am Spiel der Dienstleistungen teilnahmen, und so wandten sie sich nicht selten schon von sich aus an deutsche Dienststellen und boten ihre Dienste an¹²³. Die Lage der Mitarbeiter dürfte in dieser Zeit nicht besonders glücklich gewesen sein. Ivan Mirčuk etwa, der schon seit 1929 die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, durfte trotzdem am Auslandswissenschaftlichen Institut keine wissenschaftlichen Lehrveranstaltungen abhalten¹²⁴ und meldete sich im September 1939 freiwillig zum Polen-Feldzug. Später fand er – wie auch andere Institutsmitglieder – im Ministerium für die besetzten Ostgebiete und in der Publikationsstelle Ost unter Leibbrandt und Papritz Möglichkeiten, weiter zu arbeiten und publizistisch tätig zu sein¹²⁵. Kuzelja, der bereits frühzeitig auch in Parteischulen der NSDAP Lehrveranstaltungen gegeben hatte¹²⁶, fand ebenfalls an unterschiedlichen Stellen ein Auskommen und hat dabei wohl auch keine besondere Rücksicht darauf genommen, für wen und worüber er arbeitete¹²⁷.

Alle Nachrichten zusammengenommen legen den Schluß nahe, daß das Institut von den deutschen Dienststellen höchstens noch als Steinbruch für Dienstfertigkeiten behandelt wurde. Zwar lehnte man eine offene Unterstützung des Instituts als Organisation schon aus Rücksichtnahme auf die selbst unter den Nationalsozialisten strittigen Kon-

¹²³ In einem Brief Leibbrandts an Schickedanz, Außenpolitisches Amt, vom 30. 5. 1939, BA Potsdam, Amt Osten, Nr. 1131/3845, teilt Leibbrandt u. a. mit: „Professor Mirschuk, der uns wiederholt Artikel übersetzt hat, bittet, ihm ein Honorar von RM 50,- auszuzahlen.“ Weitere Hinweise liefert VOIGT Rußland in der dt. Geschichtsschreibung S. 259 (einschließlich Anm. 85); freilich sind alle diese Aktivitäten nicht so sehr mit dem Namen Mirčuks, als vielmehr mit Kuzelja in Verbindung zu bringen. Er ist denn auch der maßgebliche Ansprechpartner der Nationalsozialisten – außerhalb des Außenpolitischen Amtes – gewesen, während Mirčuk wohl nur die Protektion Rosenbergs genoß und deshalb auch in die Liste der „wichtigsten Mitarbeiter an verschiedenen Ostinstituten“ der NSDAP Eingang gefunden hat, ebenda S. 257.

¹²⁴ So jedenfalls ERICH SIEBERT Die Ostforschung an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität in den Jahren 1940–1945, in: Informationen über die imperialistische Ostforschung 5 (1965) S. 1–34, hier S. 23. Laut „Vorlesungsverzeichnis der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin“ hat Mirčuk allerdings im 1. Trimester 1940 (S. 17) sowohl einen Sprachkurs zum Ukrainischen als auch ein Seminar zu Taras Ševčenko und eines zur Geistesgeschichte Polens gegeben. Kuzelja wird übrigens auch im Vorlesungsverzeichnis der Berliner Universität als ordentlicher Lektor geführt, während Mirčuk nur der Status eines „Sprachlehrbeauftragten“ für Polnisch eingeräumt wurde. Als Einstellungsdatum ist für Kuzelja der 22. 4. 1940 und für Mirčuk der 16. 4. 1940 angegeben; beide sind darüber hinaus noch für das Wintersemester 1944/1945 im Vorlesungsverzeichnis aufgeführt; siehe: Personal- und Vorlesungsverzeichnis [der Universität Berlin], Wintersemester 1944/1945, Berlin 1944, S. 51, 52 (Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin, Sign. LS I 1846/20). – Mirčuk erlangte am 20. 9. 1929 die preußische Staatsangehörigkeit, Curriculum Vitae Ivan Mirčuks (Anlage seines Briefes an Windecker, AA, vom 11. 7. 1933), PA Bonn Nr. 120/3, 4, E 465181–E 465183.

¹²⁵ SIEBERT Ostforschung S. 23. – KUZELJA Ukraïnoznavstvo S. 55 nennt die Publikationsstelle Ost bezeichnenderweise „Publikationsstelle für den Dienstgebrauch“ und behauptet, dort habe man „ohne jegliche politische Einmischung“ arbeiten können. Ebenda zählt er auch weitere Projekte des Instituts auf. Zur Publikationsstelle siehe GABRIELE CAMPHAUSEN Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933–1945. Frankfurt 1990, S. 213ff. (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Band 418).

¹²⁶ Tätigkeitsbericht 1935/1937, S. 8–9.

¹²⁷ Beispielhaft ist sein Überblick über die deutsche Ukrainistik, in dem er selbst die anrücklichsten Ergebnisse als Erfolge der Ukrainistik in Deutschland feiert, KUZELJA Ukraïnoznavstvo, passim.

zeptionen zur Ukraine ab¹²⁸, die einzelnen Mitglieder aber wurden immer wieder als inoffizielle Mitarbeiter zu den verschiedensten Tätigkeiten herangezogen. Auf sie griff man zurück, wenn man ihre Dienstleistungen benötigte, ohne ihnen aber über dieses Maß hinaus Unterstützung zukommen zu lassen. Die Aktivitäten der Institutsmitglieder, vor allem Kuzeljas und Mirčuks, können vor diesem Hintergrund eigentlich nicht mehr als Äußerungsformen einer geregelten Institutsarbeit angesehen werden. Zur wenn auch eingeschränkten Ehrenrettung Ivan Mirčuks, dem in mehreren Publikationen vorgeworfen wird, der maßgebliche Kollaborateur der Nationalsozialisten gewesen zu sein, muß freilich festgestellt werden, daß dieses Urteil offenbar nur auf Grund der Gleichsetzung von Institut und den zahlreichen bedenklichen Publikationen von Institutsmitgliedern gefällt wurde. Die eigentliche Triebfeder der meisten anrühigen Veröffentlichungen ist nicht Mirčuk gewesen, sondern vielmehr Zenon Kuzelja. Wenn man überhaupt noch von einer Institutsarbeit sprechen wollte, so könnte man allenfalls die weitgehend von ihm vermittelten und geleiteten „praktischen“ Dienstleistungsabteilungen nennen.

Bezeichnenderweise wurde das Institut zumindest von einigen deutschen Dienststellen gar nicht mehr als existent wahrgenommen. Als sich z. B. im Dezember 1941 das Oberkommando der Wehrmacht an das Erziehungsministerium wandte und um Unterstützung „betr. den Einsatz der wirtschaftswissenschaftlichen Institute für Forschungsarbeiten des OKW/Wi Rüstungsamt“ bat, sandte man ihm zwar eine sehr ausführliche Liste zu, in der sogar das Ungarische und das Japan-Institut aufgezählt wurden, nicht aber das UWI, obwohl es in Roman Dymnškyj einen qualifizierten Ökonomen besaß¹²⁹.

*

Wenn die zahlreichen Würdigungen der Tätigkeit des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts angesichts dieser Entwicklungen zwiespältig ausfallen, so verwischen sie – seien sie nun positiv oder negativ – allesamt den maßgeblichen Fehler, der nicht erst im Dritten Reich zur Entartung und zum Mißbrauch des Instituts geführt hat, sondern bereits in den Gründungsverhandlungen vorgegeben worden ist: Es ist dies die Tatsache, daß 1926 eigentlich kein wissenschaftliches Institut gegründet wurde, sondern eines, das politischen Zielen diene und nur zweitrangig der Wissenschaft verschrieben war. Wenn auch genügend Gründungen ähnlicher Art und Intention in den Jahrzehnten danach durchaus erfolgreich gearbeitet haben, so gilt dies nicht für das UWI. Im Gegensatz zu den heutigen Institutionen gleicher Art in Übersee konnte sich das UWI niemals aus eigener Kraft erhalten. Das Ausbleiben ausreichender Spendengelder und die anhaltende Abhängigkeit von deutschen staatlichen Dienststellen haben stets dafür gesorgt, daß dem Institut Erwartungen entgegengebracht wurden, die es schon wegen seiner politischen und nationalen Bindungen nicht erfüllen konnte. Für einen ruhigeren, gefälligeren Betrieb in der deutschen Wissenschaftslandschaft hätte es vor allem auch deutscher Mitglieder bedurft, die sowohl für die notwendige politische Ausgeglichenheit gesorgt als auch Ansatzpunkte für eine konfliktfreie Überführung des Instituts in die Berliner Universität

¹²⁸ Eine grobe Aufzählung dieser Konzeptionen liefert ROMAN ILNYTZKYJ [= IL'NYČKYJ] Deutschland und die Ukraine 1934–1945. Tatsachen europäischer Ostpolitik. Band 1,1. München 1955, S. 1–60.

¹²⁹ BA Potsdam, 49.01 Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Nr. 933: Geisteswissenschaftliche Seminare und Institute, Bl. 215–224.

geliefert hätten. Das Scheitern des Instituts kann insofern auch mit dem Mangel an genügend qualifizierten deutschen Spezialisten und Wissenschaftlern begründet werden.

Aber auch hinsichtlich der exilukrainischen Gruppierungen darf nicht vergessen werden, daß es vor allem die inneren Konflikte waren, die die deutschen Dienststellen zu tiefen Eingriffen oder zur Beendigung ihrer Unterstützung ermutigt haben. Diese innerukrainischen Auseinandersetzungen sind typische Begleiterscheinungen einer im Exil befindlichen, eben politisch noch nicht völlig differenzierten Gemeinschaft gewesen; und dieser Umstand unterscheidet das UWI von späteren privaten Gründungen der ukrainischen Diaspora. Die deutsche Förderung war demzufolge von den einzelnen Parteiungen umkämpft, und allseits wußte man, daß man sowohl durch Servilität als auch über Kontakte zu einzelnen deutschen Ministerien mit ihren grundsätzlich verschiedenen politischen Zielen nicht nur Unterstützung in diesem Kampf erhalten, sondern die Zuwendungen auch absichern und perpetuieren konnte. Dies trug schließlich dazu bei, daß man – einmal abgesehen vom Gesichtspunkt des materiellen Überlebens im Exil – sich nur allzu bereit zeigte, politisch opportunistisch zu handeln und mit einem mehr als bedenklichen Regime zu kollaborieren.

Wer allerdings von dem „unglücklichen“ Einfluß der Nationalsozialisten auf oder von der Übermächtigung des Instituts durch sie spricht, läuft Gefahr, eben diese allgemeinen Voraussetzungen zu ignorieren. Wer umgekehrt den am Institut tätigen Ukrainern – soweit ihnen keine persönliche Schuld nachgewiesen werden kann – *a priori* eine nationalsozialistische Gesinnung unterstellt, läßt unter den Tisch fallen, daß es maßgeblich deutsche Dienststellen waren, die das existentielle Gegeneinander der ukrainischen Exilgruppierungen gefördert und geschürt und der wissenschaftlichen Ausrichtung des Instituts letztlich schon vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten – eben im Jahre 1932 – ein Ende gesetzt haben.

Summary

The Ukrainian Scientific Institute in Berlin. Between Politics and Sciences

The Berlin Ukrainian Scientific Institute was founded in November 1926 and it was in existence up to the first years of World War II. In the German view the Institute was rather remarkable because it was never responsible to the German government or any of the ministries, but always in charge of an independent and private society. This society was dominated by the political party of Het'man Skoropadskyj, so that the Institute soon (even during Weimar Germany) became the focus of quarrels between different Ukrainian political parties. Due to internal troubles within the Skoropadskyj movement and because of the OUN under Riko Jary, which tried to exercise an influence on the Institute, it soon lost its inner unity. The main representatives of the 1930s, Zenon Kuzelja and Ivan Mirčuk, not only voted for different political parties, but they also supported different ways of the Institute's work. For lack of private sponsors, German ministries and later on fascist groups (Rosenberg), too, took over the role of financial supporters of the Institute, which led to a kind of semi-official domination of it. German ministries had no interest in the institute's scientific work, but they just took advantage of the research services that the Institute's members eagerly conceded. In this way, the institute was reduced to a service institution of the Third Reich and its members became known as opportunistic, pro-fascist people.